Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang — Freitag, den 5. März 1920 — Nr. 69 / A 38 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3.50 M., bei direktem Postbezug monatl. 5.15 M., bei Zusendung unter Streifband für Deutschland 7.— M., fürs Ausland 8.— M., per Brief 13.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile od. deren Raum einschl. Teuerungszuschlag 3.20 Mk., das fettgedruckte Wort 1.15 Mk., jedes weitere Wort 85 Pf. Familien- und Organisationsanzeigen die achtgespaltene Nonpareillezeile 2.40 Mk., das fettgedruckte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 833—36, 2895—96, 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Urteil gegen die Regierung.

Genosse Däumig frei!

Die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts.

Nach 4tägiger Haft fand am Donnerstag endlich vor dem Schutzhaftsenat des Reichsmilitärgerichts hinter sorgfältig verschlossenen Türen die Verhandlung gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Däumig, statt. Ueber die von dessen Rechtsbeistand, dem Genossen Dr. Curt Rosenfeld, erhobene Haftbeschwerde hatte der aus vier Reichsmilitärgerichtsräten und drei Offizieren bestehende Gerichtshof zu entscheiden.

Der Schutzhaftbefehl war deshalb ergangen, weil Däumig der Organisator der neuen revolutionären Bewegung sei und weil er die jetzige Regierung und Verfassung stürzen und an deren Stelle die Diktatur des Proletariats setzen wollte. Dabei solle er sich auf seine Machtstellung als „maßgebendstes Vorstandsmitglied der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands stützen, als Mitglied des Kumiters, das an die Stelle des roten Vollzugsrates getreten sei und als eigentlicher Leiter der den neuen Umsturz vorbereitenden revolutionären Obleute".

Man konnte gespannt sein, wie der Beweis für die Behauptungen des Schutzhaftbefehls geführt wurde. Der Polizeipräsident Eugen Ernst hatte, wie sich herausstellte, auf die Anfrage des Reichsmilitärgerichts nach Sachverständigen und Zeugen für die im Haftbefehl angeführten Gründe geantwortet, daß er aus dienstlichen Gründen nicht in der Lage sei, geeignete Persönlichkeiten namhaft zu machen. Dafür hatte er eine Anzahl von Nummern der „Leipziger Volkszeitung" übersandt, die den Leipziger Parteitagsbericht enthielten. Aus diesen Zeitungen wurde nun hochnotpeinlich alles verlesen, was Genosse Däumig auf dem Parteitag gesagt hatte. Besonderes Gewicht wurde auf Däumigs Eintreten für die Resolution Stöcker und auf seine Befürwortung des Aktionsprogramms der Partei gelegt. Eine Rolle spielte auch eine Aeußerung Dißmanns auf dem Parteitag: „Sind wir der Ueberzeugung, daß es soweit ist, dann ran".

Genosse Däumig legte ausführlich seine Stellungnahme zum Aktionsprogramm und zur dritten Internationale dar. Eine Revolution könne man nicht beliebig machen, eine Revolution sei das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, man könne sie höchstens in bestimmte Bahnen zu lenken suchen. Er habe immer den Standpunkt vertreten, daß die Arbeiterklasse eine Revolution nicht mit Mitteln brutaler Gewalt herbeiführen könne. Deshalb habe er sich im Januar und März 1919 gegen Gewaltmaßnahmen gewendet. Der heutige wirtschaftliche Absolutismus der Kapitalisten müsse beseitigt werden. Der Staat müsse die Produktionsmittel übernehmen, alle Volkskräfte seien nötig, das zerrüttete deutsche Wirtschaftsleben wieder aufzurichten. Dazu sei die Räteorganisation das gegebene Mittel. Sein Ziel sei nicht, für die jetzige Regierung eine andere zu setzen, sondern den Gegensatz zwischen Unternehmertum und Proletariat und damit den Klassenstaat zu beseitigen. Das Proletariat solle durch das Rätesystem wirtschaftlich aktiviert und damit aber auch mit Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit erfüllt werden. Auf Befragen des Vorsitzenden schilderte Däumig dann ausführlich den Aufbau des Rätesystems.

Der Reichsmilitäranwalt Knappmeyer forderte die Aufrechterhaltung des Schutzhaftbefehls. Die U. S. P. D. habe auf dem Leipziger Parteitage einen Ruck nach links gemacht, und zwar unter dem Einfluß Däumigs, der als zweiter Vorsitzender der Partei, — und erfahrungsgemäß leisteten in jeder Organisation immer die zweiten Vorsitzenden die Hauptarbeit — besonders gefährlich sei. Er sei für den Anschluß der Partei an die Moskauer Internationale eingetreten und damit für deren Forderungen nach Massenaktionen, Massendemonstrationen und Massenaufstand. Er habe auch das Aktionsprogramm der U. S. P. D. befürwortet, in dem vom parlamentarischen Kampf gar keine Rede sei. Däumig sei auch für die Demonstration am 13. Januar verantwortlich, er hätte sich sagen müssen, daß es bei solchen Massenansammlungen zu Gewalttätigkeiten kommen könne. Er habe veranlaßt, daß der linke Flügel der U. S. P. D. in Uebereinstimmung mit der K. P. D. komme. Vor allem sei sein Eintreten für Massenaktionen eine hinreichende Begründung des Haftbefehls.

Genosse Dr. Curt Rosenfeld trat den Ausführungen des Reichsmilitäranwaltes in eingehenden Darlegungen entgegen und forderte die endliche Freilassung Däumigs, der völlig grundlos solange der Freiheit beraubt worden sei. Wenn man Däumig wegen seines Eintretens für die Beschlüsse des Leipziger Parteitages weiter in Schutzhaft halten wolle, dann müsse man konsequenterweise alle Mitglieder der U. S. P. D. einsperren. Deshalb sei die Entscheidung dieser Sache von prinzipieller Bedeutung, weil in der Person Däumig zu entscheiden sei, ob jedes Mitglied der U. S. P. D. eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches sei.

Nach mehr als einstündiger Beratung verkündete Reichsmilitärgerichtsrat Mühlberger folgenden Beschluß:

Der Schutzhaftbefehl wird aufgehoben, Däumig wird ein Entschädigungsanspruch gegen das Reich zugebilligt.

Trotz Ersuchens habe das Oberkommando kein Beweismaterial für die in dem Schutzhaftbefehl aufgestellten Behauptungen beigebracht. Aus den Verhandlungen des Leipziger Parteitages habe sich ein genügendes Material gerade gegen Däumig die Schutzhaft zu verhängen, nicht ergeben.

Dr. Levy noch in Schutzhaft.

Auch gegen den Genossen Dr. Levy von der Kommunistischen Partei Deutschlands war vom Oberkommando Noske ein Schutzhaftbefehl erlassen worden, weil er Organisator und Leiter der K. P. D. sei, weil diese die gewaltsame Errichtung der Diktatur aller Kommunisten anstrebe und weil er mit Däumig behufs Vorbereitung zu dem neuen Umsturz in Verbindung stehe.

Ueber die Beschwerde, welche Dr. Curt Rosenfeld für Dr. Levy erhoben hatte, hatte das Reichsmilitärgericht gestern gleichfalls zu entscheiden. In vielstündigen Verhandlungen wurden die Ziele der K. P. D. erörtert. Nach zweistündiger Beratung verkündete der Reichsmilitärgerichtsrat Mühlberger, daß die Beschwerde Dr. Levys verworfen sei. Er bilde eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches und somit müsse die Schutzhaft über Dr. Levy verhängt bleiben.

Einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlung lassen wir folgen.

Der Bankerott der Spitzelwirtschaft.

Die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts in der Schutzhaftsache des Genossen Däumig bedeutet die völlige Bloßstellung der Regierung und ihres Reichswehrministers. Von den Regierungsvertretern war öffentlich behauptet worden, daß Däumig „der intellektuelle Urheber" der Vorgänge vom 13. Januar gewesen sei. In dem Schutzhaftbefehl hieß es überdies noch, daß Däumig den gewaltsamen Umsturz „der jetzigen Regierung und Verfassung" organisieren und an deren Stelle die auf der revolutionären Räteorganisation aufgebaute Diktatur des Proletariats setzen wollte. Er sei der eigentliche Leiter der den neuen Umsturz vorbereitenden revolutionären Obleute. Konnte man schon aus dem Inhalt dieser Schutzhaftbefehle die Vermutung schöpfen, daß ihr Urheber sich auf ganz unzuverlässige Spitzelberichte gestützt haben mußte, so wird diese Vermutung durch das Verhalten des Herrn Eugen Ernst zur Gewißheit. Der Polizeipräsident von Berlin hat es abgelehnt, seine Gewährsmänner zu nennen, Herr Noske hat sich ganz ausgeschwiegen.

Wenn wir eine wirkliche Demokratie hätten, so müßten die durch diese Verhandlung bloßgestellten Personen schleunigst die Konsequenz aus der gerichtlichen Entscheidung ziehen. Man stelle sich vor, was es bedeutet, wenn der Führer einer der größten Parteien des Landes länger als anderthalb Monate seiner Freiheit beraubt wird, ohne daß der mindeste Grund dafür vorliegt. Man stelle sich vor, was es heißt, daß selbst ein militärisches Gericht feststellen muß, daß die Verhaftung Däumigs ein reiner Willkürakt gewesen ist!

Jedoch, wir haben keine Hoffnung, daß dieser blamable Fall irgendeine besondere Wirkung bei den augenblicklichen Machthabern auslösen wird. Um so größer aber wird die Wirkung bei den Arbeitern sein. Auch bei den Arbeitern, die noch nicht den Weg zu uns, den Weg zum revolutionären Proletariat gefunden haben. Inzwischen aber begrüßen wir unseren Parteigenossen Ernst Däumig wieder in unserer Mitte. Wir hoffen, daß er nach der langen Haftzeit wieder mit der alten Kraft und Begeisterung an der Erweckung des Proletariats zur Lösung seiner geschichtlichen Aufgabe arbeiten wird!

Zur Aufklärung des hungernden deutschen Volkes.

Von F. W. Foerster.

I.

Im neutralen Ausland sind seit Monaten eine Reihe von Deutschen tätig, um auf Grund des Vertrauens, das sie auf seiten unserer früheren Gegner genießen, unablässig für eine breit angelegte Hilfsaktion zugunsten des hungernden deutschen Volkes zu werben, für Milderungen in der Exekution der einzelnen Paragraphen des Friedensvertrages einzutreten und die weiterblickenden Elemente der übrigen Kulturwelt für die Notwendigkeit einer entschlossenen Wiederherstellung unserer weltwirtschaftlichen Arbeit zu gewinnen. Ohne solche persönlichen Vermittlungen und Aufklärungen werden alle „flammenden Proteste" nur dazu beitragen, die verhängnisvolle Isolierung Deutschlands noch weiter zu steigern.

Ich glaube im Namen all der bezeichneten Deutschen sprechen zu dürfen, wenn ich auf das Nachdrücklichste darauf aufmerksam mache, daß die Zeitungsberichte über reaktionäre Treibereien und nationalistische Bekenntnisse, die seit den letzten Wochen in wachsendem Maße in die ausländische Presse gelangen, in einer für das deutsche Volk geradezu katastrophalen Weise alle jene Rettungsversuche zur Unwirksamkeit verurteilen und in ganz unverkennbarer Weise den bereits überall hervorbrechenden guten Willen zur Unterstützung unserer Wiederaufrichtung vollständig lahmlegen und den unversöhnlichen Elementen drüben aufs neue in den Vordergrund helfen müssen.

Die amerikanischen Kreise, die für die Kreditgewährung zunächst in Frage kommen und die täglich in der „New York Times" irgendeinen alarmierenden Bericht über den „neuen Geist" in Deutschland zu lesen bekommen, sagen sich: „The Germans have not yet learned the lesson of their isolation, well, let them alone, until their eyes will be opened." (Die Deutschen haben aus ihrer Isolierung noch nichts gelernt, gut, lassen wir sie allein, bis ihre Augen geöffnet werden.)

In Frankreich fühlt man zwar allein schon am Stande der Valuta, wie abhängig die Erholung des französischen Wirtschaftslebens von der Wiederherstellung Deutschlands ist; die Leidenschaften aber sind stärker, als die Erwägungen des Nutzens — diese Leidenschaften und zugleich alle Empfindungen des Mißtrauens und der Furcht werden aber durch das neueste Auftreten der „echt preußischen Leute" aufs neue aufgestachelt; der Franzose hat das Gefühl, daß jede Zufuhr nach Deutschland eine neue Munition für den künftigen Rachekrieg bedeutet. Und ebenso sagt man sich in England: Wozu war dieser ganze Krieg mit all seinen furchtbaren Opfern, wenn die gleichen Leute, die die Hauptschuld an seinem Ausbruch und an seiner barbarischen Führung haben, sich nun wieder als die Herren der Lage gebärden dürfen? Und die Gesamtwirkung all dieser Stimmungen für das deutsche Volk, das im gegenwärtigen Moment mehr als je auf die Sympathie und das Vertrauen des Auslandes angewiesen ist, kann natürlich nur die sein, daß die großen Massen, die schon während des Krieges bis zur Knochenerweichung hungern mußten, durch das frevelhafte und kopflose Treiben jener Elemente unausweichlich in ein Massensterben getrieben werden.

Nicht laut genug kann es zur gegenwärtigen Stunde dem deutschen Volke gesagt werden, was an seinem ganzen Elend schuld ist, denn bis hinein in die Arbeiterpresse dringt jene verlogene Propaganda, die allen Zorn des deutschen Volkes über seine furchtbare Lage immer wieder auf das Ausland abzulenken trachtet. Gewiß hat das Ausland schwere Fehler gemacht; die ganze Welt scheint in einer Art von moralischer Lethargie zu liegen — für die radikale Reinigung unseres Volkes aber von der ganz besonderen Pest des preußischen Militarismus ist es unbedingt notwendig, die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Hauptschuldigen an dem ganzen jetzigen Elend und an dessen immer weiterer Steigerung in dem unbelehrbaren preußischen Herrentum zu suchen sind, das nicht nur die deutschen Massen und die Grenzbevölkerungen Deutschlands

schon seit Jahrzehnten in die furchtbarste Erbitterung getrieben hatte, sondern mit unausweichlicher Notwendigkeit die ganze Welt gegen sich in Waffen rufen mußte und das in seiner blinden Verblendung auch jetzt nicht ruht, bis es das deutsche Volk in immer weitere Isolierung von der Welt und damit ins endgültige Verderben gerissen haben wird.

II.

Anläßlich der Diskussion über die Kriegsverbrechen ist von vielen Seiten wiederum auf die Aushungerung des deutschen Volkes durch die Blockade hingewiesen und der Entente die Zahl der durch Unterernährung zugrunde gerichteten Zivilpersonen als Gegenrechnung präsentiert worden. Man ist dazu in keiner Weise berechtigt. Denn die Hungerblockade, die unsere Armee 1870 gegen Paris und im Weltkriege die Oesterreicher gegen Montenegro praktizierten, ist von uns stets als erlaubtes Kriegsmittel anerkannt worden; hat doch Caprivi im Reichstage eine ganz ausdrückliche und ausführliche Erklärung in dieser Richtung abgegeben. Und obendrein noch hat die deutsche Regierung, als England auf der Zweiten Haager Konferenz den Antrag auf Aufhebung jenes Kriegsmittels stellte, ihrerseits die Zustimmung zu diesem Antrage versagt, was ein bekannter deutscher Völkerrechtslehrer dahin erläuterte, daß „wir uns die Möglichkeit, England auszuhungern, nicht entgehen lassen dürften".

Bei der Beurteilung der deutschen Aushungerung wird übrigens auch immer vergessen, daß dieselbe auch ohne besondere Blockade und ohne bewußte Aussperrung ganz von selbst dadurch eingetreten wäre, daß es der deutschen Kriegsführung und Politik gelang, allmählich alle großen Lieferanten der deutschen Versorgung gegen das deutsche Volk ins Feld zu rufen. Man repräsentierte also unserer Obersten Heeresleitung und den deutschen Schwerindustriellen die deutsche Hungerrechnung: hätten sie nicht ihre Raubgelüste nach Westen hin aufrecht erhalten, und darum jedes klare Wort über Belgien verhindert, so hätten wir Frieden haben können, bevor der Hunger sein schlimmstes Werk vollbracht hätte. Darin aber besteht ja gerade die Riesenschuld am deutschen Volke, die jene Kreise auf sich geladen haben und die sie gar zu gern auf das Ausland abladen möchten: daß diejenigen, die während des Krieges immer satt zu essen hatten, das hungernde deutsche Volk um ihrer übermütigen Kriegsziele willen skrupellos in katastrophale Entbehrungen hineintrieben. „Nicht vergißt Gott des Völkermörders", so heißt es in der Orestie des Aeschylos — kein Aufkaufen von Zeitungen, keine Fortsetzung der Lügenpropaganda wird es verhindern, daß die wahren Schuldigen des Massenmordes als solche ans Licht kommen und ihre verdiente Kennzeichnung finden werden.

Man darf bei der Beurteilung der Aushungerung Deutschlands nicht vergessen, daß diese Katastrophe für ein so entscheidend auf Import angewiesenes Land, wie es Deutschland ist, notwendig aus der Natur eines jahrelangen Weltkrieges folgen mußte: die allgemeine Stockung der Weltwirtschaft und des Transportwesens, die Abberufung von Millionen von Arbeitskräften aller Länder aus der Lebensmittelproduktion, die Verminderung des Frachtraums und der Weltrationen durch unsern U-Bootkrieg kam ebenfalls hinzu; auch mußte dieser U-Bootkrieg natürlich unsere letzten Lieferanten ins feindliche Lager jagen. Der Weltkrieg als solcher und die Frachtraumvernichtung setzte ferner ja auch die neutralen Länder auf so knappe Rationen, daß sie selber die Lebensmittelausfuhr verbieten mußten. Die Aushungerung Deutschlands also war das unvermeidliche Ergebnis, ja geradezu der symbolische Ausdruck unserer selbstverschuldeten Isolierung in der Welt — so wie es im Jahre 1897 der Hamburger Großkaufmann R. E. May in einer Schrift gegen die neudeutsche Machtpropaganda vorhergesagt hatte: „Wie kann man sich nur den fremden Völkern so als Bestie darstellen — werden sie sich nicht eines Tages zusammentun, um die Bestie totzuschlagen?"

Nun aber wird gesagt: Das mag alles richtig sein, man hätte aber die Blockade sofort nach dem Waffenstillstand aufheben müssen. Darauf frage ich: Wie ist es wohl zu erklären, daß selbst die pazifistisch und stets für Entgegenkommen gegen Deutschland eintretenden „Daily News" damals Bedenken gegen eine solche Aufhebung äußerten, weil dann sofort die wilden Aufkäufer aus Deutschland ins Ausland kommen und den ganzen internationalen Rationierungsplan der Entente vereiteln würden? Man darf eben nicht vergessen, daß nach dem Kriege überall Knappheit war, in Italiens Großstädten sogar in ganz außerordentlichem Grade. 50 Millionen hungernder Menschen in Nordfrankreich, Polen, Serbien und Rumänien waren außer Deutschland zu versorgen. Die bisherigen Kriegsrationen der neutralen Länder konnten daher nicht so erhöht werden, daß diese Länder erhebliche Ueberschüsse nach Deutschland abzugeben in der Lage waren; viele scheinbar unbegreifliche Härten und Schwierigkeiten in bezug auf neutralen Import nach Deutschland sind aus diesen Schwierigkeiten zu erklären. Der Schreiber dieser Zeilen hatte im Mai 1919 als bayerischer Gesandter bei Verhandlungen mit den Bundesbehörden und Ententevertretern betreffend gewisser Lebensmittelsendungen nach Bayern vielfache Gelegenheit, die außerordentlichen Schwierigkeiten kennen zu lernen, unter denen selbst damals noch infolge der Nachwirkungen des U-Bootkrieges und infolge der Erschütterung aller weltwirtschaftlichen Verhältnisse die Verprovianierung Europas zu leiden hatte. Mußte doch die Schweiz monatelang warten, bis sie das für Vorarlberg ausgelegte Quantum von der Entente zurückerstattet bekommen konnte. Kurz, die Fortdauer der Blockade war keineswegs bloß ein Akt des „Vernichtungswillens", sondern ein Ergebnis der chaotischen Lage des Welthandels und Weltkredits nach einem vierjährigen Weltkriege und der außerordentlichen Schwierigkeiten der internationalen Rationierung innerhalb der dem Kriege folgenden allgemeinen Knappheit und Unsicherheit der Versorgung. In die ganze Fülle dieser Schwierigkeiten konnten selbst viele derjenigen englischen Pazifisten, die ihre Regierung wegen der Fortdauer der Blockade mit den letzten Ausdrücken angriffen, keinen konkreten Einblick haben.

Es ist also in keiner Weise gerechtfertigt, das deutsche Hungerelend heute der Entente als Gegenrechnung auf dem Gebiete barbarischer Kriegführung zu präsentieren. Ludendorff und Stinnes haben das deutsche Volk ausgehungert; ihnen ist die Rechnung zu überreichen; selbst wenn England auf die Blockade verzichtet hätte, wäre die Aushungerung doch gekommen, wenn auch etwas später, gekommen aber wäre sie unausweichlich als einfache Konsequenz des Kriegszustandes, der zwischen uns und fast allen unseren Lieferanten bestand, und als Folge der Verkümmerung unserer Landwirtschaft durch vier Jahre Krieg. Unser größter Lebensmittelimport kommt doch von der Uebersee — meint man aber etwa, die Uebersee hätte, während wir mit ihr Krieg führten, gleichwohl noch mit uns Handel treiben sollen?

Man stelle sich übrigens einmal den Fall vor, daß trotz der Lähmung der ganzen Weltwirtschaft durch den Weltkrieg doch durch irgendein Wunder die weitere Versorgung Deutschlands hätte erfolgen können, was wäre die Folge gewesen? Wir hätten noch länger ausgehalten und noch Hunderttausende geopfert, Frankreich noch weiter zerstört und wären schließlich auf den Ruinen Frankreichs unabwendbar doch von den amerikanischen Millionen und ihrer technischen Ueberlegenheit niedergeschlagen worden. Unsere Lage und die Lage der ganzen Welt wäre dann nur noch dreimal heilloser geworden — ja, es ist gar nicht auszudenken, in welchen Zustand die Welt und unser Volk bei noch weiterer Dauer des Krieges gekommen wäre. Da wir den Krieg gegen die ganze Welt doch nicht gewinnen konnten, so war es also schließlich doch das kleinere Uebel für uns, daß die Blockade uns die Kraft zu weiterem sinnlosen Durchhalten nahm und dem O. H. L.-Wahnsinn ein Ende setzte, bevor wir ganz Frankreich in einen Schutthaufen verwandelten. Der beste Teil des englischen Volkes hat sich auch nur durch Erwägungen solcher Art, die unabweisbar und unwiderleglich sind, mit der Blockade ausgesöhnt.

Gewiß hätte nach dem Waffenstillstand wahrhaft guter Wille manche Not bei uns abkürzen und lindern können — was aber haben wir getan, um diesen guten Willen gegenüber der durch unsere grauenvolle Kriegführung geweckten Völkerwut zum Durchbruch zu bringen? Was geschieht heute, um den Trägern jenes guten Willens zu Hilfe zu kommen und der Welt unzweideutige Beweise dafür zu liefern, daß man Deutschland trauen kann und daß die Hilfeleistung an uns nicht gleichbedeutend mit der Neubewaffnung eines Todfeindes ist?

Komödie.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hatte sich am Donnerstag mit einem Protest der Herren v. Bethmann Hollweg und von Jagow zu befassen. Der ehemalige Reichskanzler und der ehemalige Staatssekretär des Auswärtigen fühlen sich durch den Gedanken beschwert, daß Genosse Kautsky als Sachverständiger dem Ausschuß angehört. Sie nehmen Anstoß an der böhmischen Herkunft Kautskys und vermissen bei seinem Buch über die Entstehung des Weltkrieges die nötige Objektivität und Wissenschaftlichkeit.

Wir nehmen an, daß die Herren den „Tschechen" zur Not verschmerzen würden. Sie führen ihn nur zur besseren Wirkung auf die nationalistischen Elemente ins Treffen, die Enthüllung der Kriegsschuld der deutschen Regierung, für die im Sommer 1914 Bethmann und Jagow verantwortlich zeichneten, liegt ihnen weit schwerer auf der Seele. Nach ihrer Ueberzeugung darf ein Mann, der zu solchen Schlüssen gelangt — mögen sie unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaftlichkeit der Untersuchung noch so einwandfrei sein — in der Kommission weder Sitz noch Stimme haben. Hier zeigt sich deutlich, welche Vorstellung den Vertretern des alten Systems von Sinn und Zweck des ganzen Verfahrens eignet: es soll eine Reinigungsanstalt für das wilhelminische Deutschland sein, und von allem Anfang an ist es so aufzuziehen, daß ein „Nichtschuldig" das sichere Ergebnis sein muß.

Der Ausschuß ist über den Einspruch zur Tagesordnung übergegangen, und nur der konservative Graf Dohna hielt es für angebracht, die Sache der beiden ehemaligen Staatsmänner zu vertreten. Aber leider erlaubt uns diese Erledigung der Angelegenheit nicht, die Hoffnung zu hegen, daß das Verfahren selbst den Wünschen der Protestler nicht entsprechen wird, und zunächst dürfen wir wohl damit rechnen, daß die Herren durch den Erfolg Helfferichs ermutigt die Antwort auf Fragen Kautskys ablehnen werden. Wir sind auf das Schauspiel gespannt — vorausgesetzt, daß man sich überhaupt entschließt, den Vorhang hochgehen zu lassen.

Als schuldlos erwiesen.

Dies Kind, kein Engel ist so rein: also lautet der Spruch des rechtssozialistischen Untersuchungsausschusses, der sich mit dem Fall Parvus-Sklarz beschäftigt hatte. Herr Sollmann, der Vorsitzende des Ausschusses, teilt im „Vorwärts" mit, daß die Untersuchung nichts ergeben hätte, was irgendwie rechtssozialistische Parteiführer belasten könnte. Es habe kein anderes Material vorgelegen, als die Bruchstücke, die an die bürgerliche Presse geliefert worden waren. Sonnenfeld, Baumeister und Davidsohn hätten sich schon vollkommen ausgegeben, als sie vor dem Untersuchungsausschuß erschienen. Sonnenfeld habe erklärt, er traue Scheidemann nicht zu, daß er eine Belohnung für die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs ausgesetzt habe. Eine andere Geschichte, wonach Scheidemann an großen Schiebungen mit Riesengewinnen beteiligt gewesen sei, habe sich als ein Schwindel herausgestellt. Dafür, daß führende Sozialisten an den Geschäften von Sklarz oder Parvus irgendwie beteiligt seien, sei ein Beweis aber nicht einmal versucht worden. Der ganze ausführliche Bericht über die Untersuchung werde demnächst als Broschüre erscheinen.

„Im Vorbeigehen teilt Herr Sollmann noch mit, daß die Lebensmittelsendungen an rechtssozialistische Parteiführer während des Krieges, von denen auch erzählt worden ist, gar nicht von Sklarz herrührten, sondern Liebesgaben dänischer Parteigenossen gewesen seien, wie der dänische Gewerkschaftsführer Kiefer bekundet habe. Diese Mitteilung ist nicht ganz uninteressant. Wir gönnen es gewiß den Herren Rechtssozialisten, daß sie sich während des Krieges die spärlichen Lebensmittelrationen durch Sendungen aus dem Auslande aufbessern ließen. Das nennen wir aber eine seltsame Moral: Während den Massen das Durchhalten und Maulhalten, das Darben und Ducken gepredigt wird, lassen die Verkünder dieser Durchhaltetugenden ihre Kriegsküche mit Auslandssendungen versorgen!

Herrn Sollmann, der die [illegible] dem „Lugenpunds" zurechnet, der sich der Ausrottung korrumpierter Sozialisten zusammengetan habe, mag schließlich noch gesagt sein, daß es uns durchaus nicht nach dem Ruhme gelüstet hat, an der Ausräumung der Parvus-Sklarz-Affäre handelnd teilzunehmen. Wir haben lediglich die Mitteilungen wiedergegeben, die von seinen Parteigenossen in aller Oeffentlichkeit gemacht worden sind. Wieviel mal Herr Noske bei Sklarz gefrühstückt, auf wessen Kosten Herr Scheidemann seine Schweizer Sommerreise bestritten hat, wer an den Schlemmergelagen bei Hiller beteiligt ist, wer den Hauptverdienst an den Auslandsschiebungen davon getragen hat, das sind alles Dinge, über die sich die Herren Rechtssozialisten untereinander verständigen mögen. Die Herren Scheidemann, Noske usw. bekämpfen wir nicht wegen ihrer privaten Lebensführung, sondern weil ihre politische Tätigkeit sich als so unheilvoll für die Arbeiterklasse erwiesen hat und sich täglich neu erweist. Es wäre schade gewesen, wenn sie wegen ihrer Beziehungen zu Parvus und Sklarz zu Falle gekommen wären; das hätte ihre wirkliche politische Schuld um das deutsche Proletariat nur verdunkelt.

Die deutsche Gegenliste.

Nach dem „8 Uhr-Abendblatt" ist die Liste der Personen, denen Bestrafung für begangene Kriegsverbrechen die deutsche Regierung der Entente vorschlagen wird, bereits fertiggestellt. Die Liste sei sehr umfangreich: sie umfasse mehr Namen, als die von der Entente überreichte Auslieferungsliste und sei auch mit Belegen und Begründungen bedeutend ausführlicher versehen. Die meisten Personen, deren Bestrafung verlangt wird, seien Offiziere oder auch Mannschaften, die sich in den Gefangenen- und Internierungslagern an den dort gefangen gehaltenen Deutschen vergriffen hätten.

Milliarden für die „Verbilligung" der Lebensmittel.

Im vergangenen Jahre hat die Regierung mehrere Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Wir haben damals bereits darauf hingewiesen, daß diese Milliarden zum größten Teil von den Massen durch Steuern selber wieder aufgebracht werden müssen, daß ein Einfluß auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise sich nicht wesentlich bemerkbar machen werde, und daß ihre volkswirtschaftliche Wirkung einem Geschenk an die Unternehmer gleichkomme.

Die Erfahrungen haben uns recht gegeben. Es ist keine Verbilligung, sondern im Gegenteil eine wesentliche Verteuerung aller Lebens- und Bedarfsmittel eingetreten. Nicht nur wegen der Steigerung der Erzeugungskosten, sondern auch teilweise wegen der von der Regierung getriebenen Steuerpolitik, die jedes Lebensmittel mit einer Abgabe für das Reich belastet. Das geschieht insbesondere durch die Umsatzsteuer, von der die Lebensmittel durchaus nicht befreit sind und wegen der seit Anfang Januar die Preise für die Lebensmittel wesentlich gestiegen sind.

Der Milliardenkredit kann höchstens insofern eine gewisse Bedeutung beanspruchen, als er zur billigeren Abgabe von ausländischen Lebensmitteln dienen kann. Bisher ist demnach aber nur den Unternehmern, insbesondere den Bergherren, ein Geschenk gemacht worden, die sie zur Niedrighaltung der Löhne benutzt haben.

Agrarische Sabotage.

Um höhere Preise zu erzwingen, setzen die Agrarier mit der größten Kaltblütigkeit das Leben von Millionen aufs Spiel. Sie lassen ihre Aecker unbestellt liegen oder bestellen nur das Notwendigste zur Deckung ihres eigenen Lebensunterhaltes.

Darüber wurde in der Nationalversammlung in einer kleinen Anfrage folgende Tatsache mitgeteilt:

„Seit dem Jahre 1916 sind in Deutschland 43 000 Morgen Ackerland weniger mit Brotgetreide bestellt worden, als in den Jahren vorher. In diesem Jahre scheint diese Zahl um das Dreifache zu steigen.

In der Provinz Ostpreußen haben kleine Besitzer, die eine Fläche von 40 Morgen besitzen, im Herbst 8 Zentner Saatgetreide, dagegen Besitzer von 400 bis 600 Morgen nur 7 bis 8 Zentner ausgesät.

Gutsbesitzer, oder Besitzer von mehreren Bauernstellen, lassen frühere gut tragende Ackerflächen als Weideland liegen oder bestellen sie mit Hafer, weil diese Art der Bewirtschaftung Arbeitskräfte erspart und für den Besitzer rentabler ist."

Während also die Regierung jeden Versuch der Arbeiterschaft, durch Streiks höhere Löhne zu erzielen, im Keime durch Ausnahme- und Standgerichte zu ersticken versucht, können die Agrarier rücksichtslos und ungehindert ihre egoistischen Instinkte durch die Sabotierung der Volksernährung zur Geltung bringen. Noskes „starker Arm" reicht nicht bis in die Gefilde der Agrarier, um dort Ordnung zu schaffen!

Steuernot der Kriegsteilnehmer.

Der Staatshaushaltsausschuß der Preußischen Landesversammlung befaßte sich mit der Steuernot der Kriegsteilnehmer. Dazu lagen zwei Anträge vor: die Deutschnationalen wünschten die Vorlegung eines Gesetzentwurfs durch die Staatsregierung der die Steuerbefreiung von Kriegsteilnehmern und Auslandsdeutschen für zulässig erklären soll, die Sozialdemokraten hatten dazu einen Zusatzantrag eingebracht, wonach beim Nachweis besonderer Bedürftigkeit die Niederschlagung oder Ermäßigung der Steuern möglich sein soll. Der Ausschuß beschloß einstimmig, daß der Gesetzentwurf nicht von der Regierung ausgearbeitet, sondern von einem Unterausschuß des Staatshaushaltsausschusses selbst fertiggestellt werden soll. Ob danach, wie die bürgerliche Presse meint, die sichere Aussicht auf Ermäßigung der Steuern besteht, bei deren Veranlagung sie bisher gegenüber den anderen Steuerzahlern stark benachteiligt waren, ist durchaus noch nicht gewiß.

Das Kirchenaustrittsgesetz.

Der Rechtsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet am Mittwoch in mehrstündiger Debatte die vom Hause zurückverwiesene Verordnung über die Kirchenaustrittsgesetzgebung. Es lagen zwei Anträge vor, von denen der demokratische die Erklärung des Kirchenaustritts vor dem Geistlichen und das Gültigwerden erst nach Ablauf einer vierwöchigen Bedenkfrist wünschte, während der sozialdemokratische Antrag mit Rücksicht auf die Reichsverfassung lediglich die kirchliche Steuerpflicht und sonstige bürgerlich-rechtlichen Wirkungen der Zugehörigkeit zur Kirche oder des Austritts aus ihr als die Angelegenheiten festlegen wollte, über die Erklärungen ohne Bedenkfrist beim Amtsgericht abgegeben werden könnten. Der Ausschuß erledigte in der allgemeinen Aussprache zunächst die beiden grundlegenden Fragen: Geistlicher oder Amtsgericht und Gewissenszwang oder nicht. In dem ersten Punkt entschied eine Mehrheit aus Sozialdemokraten und Zentrum gegen die übrigen Parteien für das Amtsgericht, während die vierwöchentliche Bedenkfrist gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen grundsätzlich wieder fallengelassen wurde.

Der französische Parteitag.

I.

Im größten Teil des Straßburger Kongresses der Französischen sozialistischen Partei nahm natürlich die Diskussion über die Stellung zur zweiten und zur dritten Internationale ein und diese Debatten werden wir am ausführlichsten bringen, da wohl überall in der Partei, und nicht nur in der Partei, der Wunsch vorhanden ist, die Gedankengänge kennen zu lernen, aus denen heraus die französische Partei einen ähnlichen Beschluß faßte, wie die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie in Leipzig. Aber auch die übrigen Arbeiten des Kongresses sind interessant genug, um Näheres über sie zu erfahren; wir geben unsern Bericht, indem wir uns, der Abwicklung der Tagesordnung folgend, an die ausführliche Wiedergabe der Diskussionen in der französischen Parteipresse halten.

Nach der Eröffnung des Kongresses am 25. Febr. und nach Verlesung der Begrüßungstelegramme sowie der Proteste wegen Paßverweigerung wurde der Bericht des Sekretariats über die Propaganda gegeben. Verschiedene Wünsche über eine bessere Organisation werden vorgetragen. Die Sozialisten in Algier fühlen sich etwas zurückgesetzt, die nordafrikanischen Verbände wollen einen Vertreter in der Propagandakommission oder wollen selbst eigene Kommissionen schaffen. Rappaport entschuldigt sein Fernbleiben von den Sitzungen der Propagandakommission und ist der Ansicht, daß sie sehr gutes leisten könnte, besonders wenn sie in Rußland Studien über die best geleistete Propaganda machen könnte. Rappaport kommt bei jeder Angelegenheit — er mag reden über was er will — auf sein Lieblingsthema: Sowjetrußland. Andere Genossen verlangen ein intensiveres Zusammenwirken mit den Gewerkschaften. Raffin-Dugens wirft der Kommission vor, daß sie die Wahlarbeit schlecht vorbereitet habe. Ihm werden von Frossard die Schwierigkeiten entgegengehalten, mit denen die Partei zu kämpfen hatte. Frossard gibt die Ziffern der Parteientwicklung und weist die ständigen Delegierten der Propagandakommission darauf hin, daß ihre Hauptaufgabe vor allem in der Erziehung der neugewonnenen Mitglieder zum Sozialismus bestehen müsse. Die Sekretäre der Verbände müßten mehr Berichte an die Permanente Verwaltungskommission liefern.

Der Nachmittag bringt nach dem Kassenbericht, der nicht viele Auseinandersetzungen hervorruft, vor allem die Ansprachen der ausländischen Delegierten. Peet von der Britischen sozialistischen Partei, dessen Rede von Longuet übersetzt wird, berichtet, daß er während 5 Stunden mit anderen Genossen in Boulogne verhaftet gewesen sei. Man habe ihr Gepäck durchwühlt und Broschüren und Zeitungen fortgenommen. Das geschehe, so habe die Sicherheitspolizei gesagt, weil sie keine konstitutionellen Sozialisten, sondern „Bolschewisten" seien. Peet führt dann aus: „Die Britische Sozialistische Partei gehört der III. Internationale an. Sie hofft, daß sich die französischen Sozialisten mit ihr vereinigen werden. Sie hofft auch in England eine Vereinigte kommunistische Partei organisieren zu können. Jedoch wird die L.S.P. in der Arbeiterpartei bleiben, deren Satzungen das Vorhandensein von Organisationen der Arbeiterklasse in ihr zulassen. Die B.S.P. ist sehr tätig; sie umfaßt eine gewisse Anzahl junger Intellektueller, sie arbeitet gemeinsam mit der syndikalistischen Bewegung; sie hat große Volksdemonstrationen organisiert."

Der Sekretär der Belgischen Arbeiterpartei, van Roosenbreck, weist auf die Schwierigkeiten hin, die die belgische Partei zu überwinden hatte, und auf die Leistungen der Partei für die Arbeiterklasse, für die Entwicklung der körperlichen Erziehung der Jugend, für die Organisation einer Arbeiterbank, von Gewerkschaftsschulen, von Genossenschaften. Im Jahre 1914 hatte die belgische Partei 203 000 Mitglieder, im Jahre 1919 880 000. Sie erhielt bei den Wahlen 650 000 Stimmen und hat zwei Drittel der Sitze im Parlament erobert.

Sven Backlund von der Schwedischen Sozialistischen Partei berichtet ebenfalls von einem kräftigen Aufschwung. Die Partei sieht vor der vollkommenen Uebernahme der Macht mit einem Programm sozialer Verwirklichungen. „Damit diese Arbeit gelingt, muß sich unsere Verwirklichung die Arbeit der III. Internationale stützen können, deren Verwirklichung die Arbeit dieses Kongresses ist."

Die holländischen Sozialdemokraten haben Delegierte entsandt. Er meint, daß der Krieg überall auf die sozialistischen Parteien mehr Einfluß ausgeübt habe, als diese ihm entgegenstellen konnten. Die holländische Partei mit ihren Mitgliedern sei der Auffassung, daß die alten Grundlagen des Sozialismus immer noch solide und die besten seien. Die Arbeiterklasse habe ihren politischen Einfluß sehr verstärkt.

Der von der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei entsandte Wallhead kann von seiner Partei sagen, daß sie von Anfang an gegen den Krieg gekämpft habe. Er selbst habe wegen seiner Kriegsgegnerschaft mehrere Monate im Gefängnis gesessen. „Jetzt, nach Beendigung des Krieges, sehen die Massen, daß sie von ihren Führern verraten worden sind, und sie wenden sich alle dem Sozialismus zu." Man dürfe sich keinen Illusionen darüber hingeben, was besonders in England die Partei der Arbeiter leisten könne. „Sie ist keineswegs vollkommen, aber sie ist der politische Ausdruck der englischen Arbeitertätigkeit, und diese Tätigkeit richtet sich immer auf die Emanzipation der Proletarier hin."

Einen großen Eindruck machte auf den Kongreß die Vertreterin der englischen Arbeiterpartei, Genossin Snowden. „Sie entzückte sowohl das französische Auge durch ihre Schönheit, wie sie durch ihre Aussprache an Verstand und Herz der Hörerschaft appellierte." Gerade ihre Wahl zur Delegierten, die sie eine Kämpferin der Linken sei, sei als eine beabsichtigte Manifestation zu betrachten. Die Arbeiterpartei umfasse fünf Millionen organisierter Arbeiter, denen sich bald wahrscheinlich 3 Millionen Mitglieder der Genossenschaften hinzufügen würden.

„Die Arbeiterpartei wird, wenn sie auch von der Untätigkeit der II. Internationale unangenehm berührt ist, doch nach Genf gehen, um nicht die internationalen Beziehungen zu zerbrechen. Sie ist keine Anhängerin des sofortigen Anschlusses an die III. Internationale ohne vorhergehende Verhandlungen. Und doch hat keine Partei so viel für die russische Revolution getan wie die Labour Party. Ebenso hofft die Arbeiterpartei durch ihre Aktion, den weißen Terror und die Gegenrevolution in Ungarn zum Stillstand zu bringen." Die Genossin Snowden schließt mit einem lebhaften Aufruf zugunsten der Kinder Deutschlands, Oesterreichs und Rußlands. „Die theoretischen Zustimmungen der III. Internationale sind wenig, wenn wir angesichts dieser Verbrechen untätig bleiben."

Genossin Roland-Holst konnte erst am folgenden Tag auf dem Kongreß erscheinen. Sie brachte als Sekretärin einen Gruß des „Weltlichen Bundes der kommunistischen Internationale" mit, den sie verliest. Die Verbrechen der Bourgeoisie werden in ihm an den Pranger gestellt, die französischen Sozialisten zum Kampf gegen sie aufgerufen. „Eure Bourgeoisie wird auch keine lange Spanne Zeit lassen, um friedlich zu diskutieren. Sie zieht ihren Nutzen aus dem Aufschub, den Ihr durch euer Zögern gewährt, oder richtiger durch das Zögern eurer politischen Vertretung, um das wirtschaftliche Leben zu organisieren; nicht nur die allgemeine Unordnung zu heilen, sondern um ihre Kräfte zu organisieren und auch, koste was es wolle, zu zerschmettern."

Das Manifest begrüßt die Entwickelung der Linken der Partei, den Tod des Burgfriedens, den Sturz der 2. Internationale. Das Massenbewußtsein sei unser Führer und die russische Revolution unser Leuchtturm. Die französischen Arbeiter sollen ihren Weg durch alle Konfusionen hindurch unbeirrt fortsetzen und sich des toten Ballasts des Sozialpatriotismus und Reformismus entledigen.

„Die Republik der Sowjets ist in ihrer historischen Tendenz ebenso sehr russisch, wie französisch, englisch, deutsch. Sie ist der erste Erfolg der proletarischen Weltrevolution. Wenn die Sowjets gewisse Führer des französischen Sozialismus kritisieren, so beweise das, daß sie sich in höchstem Maße über eure Zukunft Sorge machen, die zugleich die Zukunft des Weltproletariats sei. Wir sind sicher, daß das glühende Feuer, das eure herrlichen Väter von 1848 und 1871 beseelte, eure Direktiven für eure nächsten Aktionen leiten wird."

Genossin Roland-Holst sagt, daß sie nur auf den besonderen Wunsch Rappoports und Loriots gekommen sei, damit sie sich Klarheit über die Orientierung der französischen Partei verschaffe, und sie konstatiere, daß diese auf dem Wege nach Moskau sei. Sie spricht von den deutschen Kommunisten, die gegen Noske kämpfen. „Einige von ihnen sind in diesem Kampf gefallen. Nun ist die Stunde der Entscheidung für die Franzosen gekommen. Die Stunde ist gekommen, um in Frankreich die vorrevolutionäre Erziehung zur Tat zu machen."

Der Staatsanwalt gegen Erzberger.

Der Erste Staatsanwalt v. Klausewitz, der zu Beginn der gestrigen Verhandlung das Wort zu seinem Plädoyer über das Thema „Unwahrheiten" erhielt, fällt schärfere Töne als sein Kollege Krause gegen Erzberger an und hält den Beweis der Unwahrhaftigkeit Erzbergers für erbracht:

Im Fall Pöpinghausen widersprächen Erzbergers eidliche Aussagen seinen uneidlichen, so daß angesichts der widerspruchsvollen Haltung des Nebenklägers der Wahrheitsbeweis des Angeklagten erbracht sei. Auch in der Angelegenheit der Steuervorlage von 1910 sei die Stellungnahme Erzbergers unverständlich: Was er seiner Fraktion über die ablehnende Haltung Bethmanns zur Steuervorlage mitgeteilt habe, sei wahrheitswidrig gewesen, da es keinem Zweifel unterliegen könne, daß Erzberger mit dieser Behauptung dem Staatssekretär Helfferich den seiner Steuervorlage ein Bein stellen wollte. Die Staatsanwaltschaft hält auch in diesem Fall den Wahrheitsbeweis für erbracht.

Bezüglich der „Wiener Reise" mache sich Klausewitz die Aussage Bethmanns zu eigen, der kategorisch bestritt, Erzberger mit der Reise beauftragt oder ihn aufgefordert zu haben, sich im Auswärtigen Amt den Czernintschen Bericht vorlegen zu lassen. Da er (der Staatsanwalt) nicht annehmen könne, daß Herr v. Berger Erzberger den Bericht gezeigt habe, sehe er es als erwiesen an, daß Erzberger auf andere Weise als im Auswärtigen Amt den Bericht erhalten habe. Auch in diesem Punkt sieht also die Staatsanwaltschaft den Beweis für die Behauptung des Angeklagten als gelungen an.

Auch die

Friedensresolution

ist Herrn Klausewitz ein Beweis für die Unwahrhaftigkeit Erzbergers, der z. B. dem Abgeordneten Stresemann am 7. Juli genau das Gegenteil von dem sagte, was er am Tage vorher Bethmann gegenüber geäußert hatte.

Wenn Helfferich aus den

Aeußerungen Erzbergers während der Hauptverhandlung

selbst den Beweis für die Lügenhaftigkeit erbringen wolle, so müsse man zunächst die Möglichkeit zugeben, daß Erzberger seine Unterstützung der Firma Richter trotz seiner gegenteiligen Aussage vergessen habe.

Bedenklich seien dagegen die Angaben des Nebenklägers im Falle Thyssen und Berger. Die Staatsanwaltschaft sehe aber trotzdem den Beweis für die Behauptung eines Hanges zur Unwahrheit als nicht erbracht an.

Der Vorwurf Helfferichs, Erzberger habe ihn mit seiner wiederholten Benennung als Exponent jener Politik, die Belgien gegenüber so verhängnisvoll gewirkt habe,

denunzieren wollen,

sehe die Staatsanwaltschaft als begründet an.

In den Fällen Jahnke und im Fall Düsterberg habe sich gezeigt, daß der Nebenkläger sich auf eine nicht anständige Art und Weise in den Besitz von Briefen gesetzt hat. Besonders zum letzten Fall erklärt Staatsanwalt v. Clausewitz, er hätte den Brief aus Spaa in den Papierkorb geworfen. Auch in diesen Fällen hält die Staatsanwaltschaft den Wahrheitsbeweis für erbracht.

Hierauf ergriff der Staatsanwalt Krause das Wort und führt aus, daß dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis für die Beschuldigung der Unwahrhaftigkeit, der Denunziation, der Unanständigkeit und der unsauberen Vermischung politischer und geschäftlicher Tätigkeit Erzbergers gelungen sei. Da er ihm nicht geglückt sei im Punkt der Rechtsbeugung, müsse eine Verurteilung auf Grund der § 186 erfolgen. Wegen formaler Beleidigung nach § 185 müsse eine Verurteilung erfolgen, so daß er in Berücksichtigung aller dieser Umstände, sowie der günstigen Vermögenslage des Angeklagten gegen ihn 300 Mark Geldstrafe, sowie Publikationsbefugnis und Unbrauchbarmachung der Platten der Broschüre beantrage.

Nach den Reden der Staatsanwälte, die bezeichnender Weise den Angeklagten nicht als eine gestürzte Größe des alten Regimes, sondern indirekt als kommende Größe behandelten und seinen politischen Scharfblick feierten, während sie Erzberger als erledigt mit offenbarer Verachtung abtaten, trat die Mittagspause ein.

Da Justizrat v. Gordon zugunsten des Verteidigers verzichtete, ergriff

Rechtsanwalt Dr. Alsberg

nach der Mittagspause das Wort, der mit offenbarer Schadenfreude ausführte, daß der von dem Angeklagten angetretene Wahrheitsbeweis geglückt sei. Obwohl er sich mit den Ausführungen der Staatsanwälte im allgemeinen zufrieden zeigte, kam er in einzelnen Fällen (Hapag-Aktien) zu anderen Schlüssen. Hierauf versuchte er in eingehenden juristischen Ausführungen nachzuweisen, daß noch nicht einmal formale Beleidigungen vorlägen, die nicht durch die Wahrung berechtigter Interessen gedeckt seien. Außerdem habe der Angeklagte in einer Anzahl von Fällen in Notwehr gehandelt. Dr. Alsberg versuchte zum Schluß, Helfferich zum Ritter ohne Furcht und Tadel zu stempeln, der in weißer Unschuld den Kampf gegen den mächtigsten Minister im neuen Deutschland gewagt habe.

Um 2½ Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Am heutigen Freitag wird die Verhandlung um 9½ Uhr fortgesetzt. Es wird zunächst Geheimrat v. Gordon und dann Rechtsanwalt Dr. Friedländer sprechen.

Wieder ein Zeitungsverbot.

Dem erneuten Verbot der „Düsseldorfer Volkszeitung" ist nun auch ein abermaliges Verbot unseres in Buer erscheinenden Parteiblattes „Ruhrwarte" gefolgt. Als Grund des Verbotes wird angegeben, die „Ruhrwarte" habe die Kohlenpolitik durchkreuzt. In welcher Weise das geschehen sein soll, konnten wir noch nicht erfahren. Aber die Verbotspraxis ist ja hinreichend bekannt. Die fadenscheinigsten Gründe müssen zu dem Versuch herhalten, den Einfluß unserer Parteipresse zu unterbinden.

Aus der Nationalversammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung stand die zweite Lesung der Vorlage zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen. Nach den Ausführungen des Berichterstatters Dr. Kahl erklärte Reichsjustizminister Schiffer, daß die Vorlage eine Maßnahme sei, die er mit innerem Widerstreben dem Parlament unterbreite. Das Opfer aber müsse gefordert werden, um Schlimmeres zu verhüten. Nach dem Reichsjustizminister gaben die einzelnen Parteien Erklärungen ab. Genosse Seger begründete einen von der Unabhängigen Sozialdemokratie gestellten Abänderungsantrag, der jedoch abgelehnt wurde. Das Gesetz wurde schließlich von der Mehrheit des Hauses angenommen.

Der Oberste Rat für den Wiederaufbau Deutschlands

Haag, 4. März.

Laut „Nieuwe Courant" meldet „Evening Standard", daß der Oberste Rat ein Memorandum über die Teuerung veröffentlichen wird, dessen beiden ersten Abschnitte sich mit Deutschland befassen. Es heißt darin, Deutschland sei für den gesamten Welthaushalt unentbehrlich. Ohne deutsche Erzeugungskraft und deutsche Organisation gehe die Kaufkraft Europas zugrunde und Europa werde von Amerika und Japan überflügelt. Die Alliierten müßten Deutschland bei seinem Wiederaufbau behilflich sein. Wenn man Deutschland und Frankreich nicht ungefähr in denselben Zustand zurückbringe wie vor dem Kriege, damit die Industrie beider Länder wieder fortfahren könne zu arbeiten, könne das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden.

T. U. London, 4. März.

Der Bericht des Wirtschaftsausschusses wird Freitag veröffentlicht werden. Nach dem „Evening Standard" enthalten die gefaßten Beschlüsse das Zugeständnis, daß Deutschland mehr Rohstoffe erhalten müsse. Ferner ist der Ausschuß der Ansicht, daß am Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens sich alle Völker beteiligen müssen.

Bei den Beratungen fällt eine scharfe Teilung der Ansichten auf. Lloyd George und Nitti widersetzen sich heftig Millerands Forderungen, die darauf hinauslaufen, daß Deutschland alle Bestimmungen des Versailler Vertrages restlos durchführen müsse.

Sowjetrußlands Einverständnis mit der Entsendung einer Entente kommission.

Rotterdam, 4. März.

Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird drahtlos aus Moskau berichtet, daß die Sowjetregierung nicht das geringste gegen die Entsendung einer alliierten Kommission zur Untersuchung der Lage in Rußland einzuwenden habe.

Erregung unter den französischen Eisenbahnern

H. N. Paris, 4. März.

Unter den Eisenbahnern herrscht noch immer keine Ruhe. Der allgemeine Arbeiterverband stellt in einer ausdrücklichen Kundgebung den vollkommenen Rückzug der Regierung fest und drängt auf die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Kundgebung schildert dann ausführlich, wie die Verstaatlichung vor sich gehen könne und spricht mehrmals von einem Waffenstillstand zwischen den Verband, den Eisenbahngesellschaften und der Regierung.

Auf der Linie Paris—Orleans erklärten die Eisenbahner am Mittwoch erneut den Streik, weil entgegen den Regierungszusicherungen die Eisenbahndirektion die Strafversetzung mehrerer Streikender fortgesetzt hatte. Nachdem auf Betreiben der Regierung die erforderlichen Maßnahmen ergangen waren, nahmen die Angestellten dieser Linie am Donnerstag die Arbeit wieder auf.

Horthy unterdrückt Arbeiterschaft und Presse.

Budapest, 4. März.

Der Ausschuß der Arbeiterschaft, der zum Protest gegen die Wahl des Admiral Horthy zum Reichsverweser heute den Generalstreik proklamieren wollte, ist auf eine Verfügung des Armeekommandos im Laufe der Nacht verhaftet worden. Heute vormittag fand ein Ministerrat statt, in dem beschlossen wurde, durch ein Dekret die Freiheit der Presse und der Versammlungen aufzuheben.

Nach einer weiteren Meldung erklärte der britische Unterstaatssekretär des Aeußern auf eine Anfrage im Unterhause, der offizielle Vertreter der britischen Regierung in Budapest habe die ungarische Regierung andauernd auf die Notwendigkeit hingewiesen, die des Mordes an Bela Somogyi und anderer Morde Schuldigen zu ermitteln und zu bestrafen.

Die 9. Auflage des

Gesetzes über Betriebsräte mit Wahlordnung und Anhang

erscheint Montag

Preis 4.— Mark

Organisationen erhalten Rabatt

Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8/9

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7½ U.: Der Liebestrank

Opernhaus
(Außer Abonnement)
Siegfried
Anfang 5 Uhr:

Schauspielhaus
Friedrich der Große
(I. Teil)
6½ Uhr: Der Kronprinz.

Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Der lebende Leichnam

Kammerspiele
7½ Uhr: Die Deutschen Kleinstädter.

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7 Uhr: Hamlet
(I. Abteilung, II. Abend.)

Direktion
Carl Meinhard — Rud. Bernauer
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8 U: Schloß Wetterstein
Sonnab. Schloß Wetterstein
Stg.: Schloß Wetterstein
Nachm.: Erdgeist (M. Orska)

Komödienhaus
½8 Uhr: „Sie"
Sonnabend: Zum 1. Male:
Der Herr Minister
Komödie von Paul Schirmer.
(Max Pallenberg, Frieda Richard, Heinz Stieda, Rosa Veldtkirch, Grete Diercks, Gustav Botz, Werner Hollmann, Frieda Lehndorff, Herm. Picha)
Stg.: Der Herr Minister
Nachm. Liselott v. d. Pfalz
Mtg.: Der Herr Minister

Berliner Theater
7 Uhr: **Der letzte Walzer**
(Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Wassmann)

Lessing-Theater
Direktion: Viktor Barnowsky
7 Uhr: Peer Gynt
Sonnabend und Sonntag
7½ Uhr: Pygmalion
(Tilla Durieux, Heinz Salfner)

Deutsch. Künstl.-Theater
Allabendl. 7½ Uhr: Menagerie
(Adalbert, Götz, Haack, Felsing, Fischer, Wallauer)

Neues Operettenhaus
Direktor: Jean Kren
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Mia Werber u. a. in
Die kleine Hoheit

Residenz-Theater
(Stadtbahn Jannowitzbrücke)
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann
Morgen 4 U.: Max u. Moritz
Sonntag 4 Uhr: Der gute Kal

Trianon-Theater
(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich ½8 Uhr: **FEMINA**
Sonnb. 4 Uhr: Hänsel u. Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. ¾8 Uhr
Auf allgemeinen Wunsch des großen Erfolges wegen noch bis Mittwoch:
Schniepels Lene
Donnerstag, den 11. März
Zum 1. Male:
Ein alter Sünder
Sonntag 3½: Die Wunderkur.

Walhalla-Theater
7½ Uhr:
Die Csardasfürstin.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
Allabendlich 7½ Sonntags 3½ u. 7½
Unübertreffliches Varieté-Programm!

Theater am Kottbuser Tor

Tel.: Moritzplatz 14614.
Tägl. 7½ und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Blüthner-Konz.
Vorv. 11-1½ u. 4-6 Uhr

Rose-Theater
7 Uhr:
Wilhelm Tell

Wintergarten.
Täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Circus Busch
Freitag, 5. März, 7½ Uhr
D. neue März-Progr.!
Toxin der Mann m. der Flasche
Ego's ulkige Dackelspiele
usw. usw.
9 U. **Feuertanz** 9 U.
in „Aphrodite"

Eden-Theater
in der Alten Jakobstraße 30.
7½ Uhr, neu einstudiert:
Die Dollarprinzessin
mit Oskar Braun und Elisabeth Balzer-Lichtenstein.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
U. A. w. G.

Freitag, 5. März, abds. 7½ Uhr,
Aula, Hallescheslr. 24.
San.-Rat Dr. Magnus Hirschfeld:
Sexuelle Aufklärung
auf Grund schriftlicher Fragen aus dem Publikum.
Eintritt 2 M. Abendkasse.

Platin höchste Preise
Zahngebisse
nicht unter 21,50
3000 Mark
Gold-, Silber-
u. Schmucksachen
Gebrauchsgegenstände sow. Bruch
Konkurrenzlose Preise
Pilz,
Alte Schönhauser Strasse 19, II.
Geschäftszeit von 9–5 Uhr

Reelles — Höchste Preise — Gewicht
Wir kaufen
KUPFER
Blei, Zink
MESSING
Stanniol
Zinnfolie
Quecksilber
Aluminium
Celluloid
Metallabfälle
Platin, Goldbruch und Silberbruch
PETERS
Prenzl. Str. 24
MÖBUS
Waldstraße 3
G. ERMEL
Usedomer Straße 11
DEGENER
Schöneberg Bahnstraße 45
HAASE
Skalitz. Str. 98a
Ecke Lausitzer Platz

Kaufe höchstzahlend
Kabel, Litzen, Motore, Leitungsdrähte, Schreibmaschinen, sowie sämtl. Installationsmaterial.
Elektr. Werkst. Neukölln
Kottbuser Damm 96, Eing. Schinkestr. Tel.: Mpl. 8187

Kupfer
Messing
Zinn
Sämtl. Metalle
Quecksilber
Platin
Gold-, Silber-Abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. Brunnenstr. 11
am Rosenthaler Platz
2. Fennstraße 48
am Weddingplatz
3. Beusselstr. 29
nahe der Turmstraße
4. Bahnhofstr. 2
Ecke Schöneberger Str. am Anhalter Bahnhof
5. Neukölln
Kaiser-Friedrich-Str. 229
nahe Hermannplatz
6. Weidenweg 72
am Baltenplatz.

Großes Schauspielhaus

Sonnabend, den 6. März, 7 Uhr
Sonntag, den 7. März, 7 Uhr
Außer Abonnement

König Oedipus

Tragödie von Sophokles
Regie: Max Reinhardt
Oedipus: Alexander Moissi

Preise der Plätze M. 10.00 bis M. 4.00. : Billetts Theaterkasse, A. Wertheim und im Invalidendank.

Metallschmelze
Mariannenstraße 24,
an der Kottbuser Brücke zahlt wie allbekannt die
höchsten Tagespreise.
Telephon: Moritzplatz 10656.
Sendungen von Außerhalb werden prompt erledigt.

Elektro-Installations-Materialien
Leitungsdrähte, Litzen, Kabeln, Spulendrähte, Kupfer- und Messing-Abfälle, Eisenbleche 0,3 bis 0,6 und 2 mm bis 5 mm
sowie jegliche Art Winkeleisen kauft laufend jeden Posten
Carl Peschmann Nchf.
Inh. A. Nasaroff
Bernauer Straße 101 Filiale Brunnenstr. 36
Fernsprecher: Humboldt 1079 2220.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Ich zahle immer noch die höchsten Tagespreise für
KUPFER, MESSING
Blei, Zink
Gold-, Silber-Medaillen und andere Metalle sowie
alte Gebisse
2 Ankaufsstellen
Gottheim, Mariannenstr. 12
und **Schmidstr. 17a** gegenüber Schäferstraße
Mitglied des Vereins d. Altmetallhändler Groß-Berlins.

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Alteisen
nur an mich verkaufen.
Zahle stets höchste Tagespreise.
Eisen- u. Metallgroßhandl. Willy Seydlitz
Hauptgeschäft:
Neukölln, Liberdastr. 4. Telefon: 9405.
Nur für engros.
Detailankaufsstellen:
Hermannpl. 4, Böhmische Str. 16 (a. Richardpl.)
Berlin, Schönhauser Allee 151. — Pücklerstr. 33.
Größere Posten werden abgeholt.
Post- u. Bahnsendungen werden prompt erledigt.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins.

Nur kein Neid!
Groß Post. extra Preise
Kupfer b. 25 50, Messing 15.00
Reinzinn 80.00, Blei 10.00
Alt. Zinngeschirre / Bierschlangen
Quecksilber
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Metallschmelze — Prinzessinnenstr. 17
neben Wertheim (Moritzplatz)
Geöffnet von 9 bis 6 Uhr

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin-Zahngebisse, Zahn bis 75 Mark. Goldbruch und Silberbruch! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln! Schriftblei. Glühstrumpfasche M. 100,— alle Metalle höchstzahlend
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 — Alex. 4243. —

Altmetall
Kupfer, Messing, Aluminium, Blei, Zinn, Eisen kauft zu den
höchsten Tagespreisen
Schlosserei NIEMANN
Stallschreiberstrasse 55
Am Moritzplatz. Auf Hausnummer achten.

Metall-Ankaufsstelle
Stallschreiber-Str. 50/51
zahlt für

Quecksilber	per Kilo	145.— bis 150.—	M.
Kupfer	. .	26.—	M.
Messing	. .	14.—	„
Blei	. . .	10.—	„
Zink	. . .	8.—	„

Geöffnet von 9–6 Uhr

Kupfer 24.– Messing 13.–
Blei 9.– Zink 7.– Alt-Eisen 1.20
Felle • Flaschen • Lumpen
höchste Preise.
Fritz Behrens, Blumenstr. 71,
Ecke Markusstraße, Keller.

Metalleinkaufstelle
Neukölln, Schillerpromenade 23
zahlt die höchsten Tagespreise

Wer für **Altmetalle** den **höchsten Preis** erzielen will, gehe zum Metalleinkauf
Dresdener Straße 11.

Warnung! Bruchsilber!
Verkaufen Sie Ihr Bruchgold und Silber sowie
Platin, Zahngebisse nicht,
bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestr. 30
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.

Achtung! Ankauf!
Kupfer 25,— Messing 15,— pro kg
Zink 8,— Blei 9,50
sowie Zinn, Aluminium
zahle die höchsten Konkurrenzpreise, jeder überzeuge sich
1 Oderberger Str. 1 im Hof
(an der Schönhauser Allee)

ALT-METALLE
Kupfer 25.50, Messing 15.50, Blei 10.50,
Zink 8.50, Rotguß 22.—, Reinzinn 80.—,
Lagermetall bis 45.—, Quecksilber bis 140.—
Rohprodukten-Handlung
Dresdener Straße 13-14
Moritzplatz 12523. Hausnummer beachten.

Metallankauf.
Zahle für Kupfer 25.—, Messing 15.—, Blei 10.—, Zink 8.—
Richard Geerke, Neukölln, Prinz-Handjery-Str. 39.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlin.

Zahngebisse,
Kein Zahn unter 20 Mark.
Streng reell
kauft täglich von 9 bis 7 Uhr
Gildener, Reichenberger Str. 75-76,
parterre rechts. (Görlitzer Bahnhof).

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 M.
Einzelne Platinstiftzähne von 21.25 bis 200 M.
doch nicht unter 21,25 M. pro Zahn.
PLATIN-
Brennstifte,
Kontakte usw. bis 320 M. pro Gramm.
Gold- u. Silbergeräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen täglich von 9 bis 8 Uhr
J. Herz, Fehrbelliner Str. 52
Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6–8 Uhr abends.

Zahngebisse
bis 4000 Mark,
auch zerbrochener Zahn nicht unter 20 bis 100 Mk.
kauft täglich von 10 bis 6 Uhr
Deutscher Hof, Luckauer Straße 15, links part. (Am Moritzplatz)

Alte Zahngebisse
pro Zahn 15.— bis 18.—
Platin, Brennspitzen, Kontakte, Tiegel usw.
Goldbruch + Silberbruch
kauft zu höchsten Tagespreisen
A. Unger
Alte Schönhauser Str. 14-15, Uhren-Laden

Die Zahneinkaufsstelle
Charlottenburg, Fritschestr. 46, v. II, an der Kantstraße (Bahnhof Charlottenburg)
kauft täglich von 9–1 und 2–6 Uhr
zu höchsten Preisen
alte Gebisse
Pro Zahn nicht unter 15–20 M., Stiftzähne bis 300 M. Knopfzähne die Hälfte. — Brandmalerei-Stifte nach Gewicht (Gramm 300 Mark).

Prozesse, Rat, Beistand, mäß. Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Erbschaftssachen, Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach-Gesellsch. (eg. Tisch) 8-2, Sbd. 9-1
Alexanderstr. 45. Beobacht. Mitw. nehm. Zuristen. Sonntags 10–12 Vertragsgeschäfte!

MÖBEL
gegen Bar und Teilzahlung
in grosser Auswahl zu billigsten Preisen
Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke
Grösste Rücksicht! Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
M. Landwehr Müllerstr. 7, I
Gressmöbel nehme in Zahlung.

Briefmarken, Münzen
kauft Grossmann, Johannisstr.
Norden 10621.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. I. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung
sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10–12 und 4–8. Sonntags

Schafwolle
40 bis 50 M. pro kg
Rinderhäute bis 600 M., Ziegenfelle bis 175 M., Roßhaar 30 bis 40 M., Matratzenhaar 10 M., Strumpfwolle 24 M., Kaninfelle bis 15 M., Kupfer 25 M., Messing, Blei 9 M., Gummi und Säcke kauft
Produktenlager Denn, Münzstr.
Von Freitag 5½ bis Sonnabend 7 Uhr geschlossen

Ausgekämmtes Haar
Zahle 1.— Mk. für 10 Gramm. Größere Posten
Feiwel. Neue Königstr. 38 v. I l. Sonnabend

Abonnenten und Freiheitleser
für
Halensee und Grunewald

Da wir jetzt in der Lage sind, unsere dortigen Leser durch Botenfrauen bestellen zu können, so bitten wir, gewünschte Abonnements an unsere Spedition

Neßler, Wilmersdorf,
Hindenburgstr. 34,
zu richten.

Der Verlag.

Offene Stellen

Kontoristinnen
sofort gesucht.
Meldungen von 11–12 vormittags.
Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Berlin W 50,
Tauentzienstrasse 21/24.

Botenfrauen
stellt ein
Sternkiker, Charlottenburg
Königin-Elisabeth-Strasse 6a.

Botenfrauen stellt ein
Spedition:
Döring, W 57, Steinmetzstraße 29
Stimming, Lichtenberg, Oderstr.
Götze, NO 55, Treskowstraße 22
Tornseifer, Lübecker Straße 11
Charlottenburg, Wallstraße 69
Wengels, Cadiner Straße 11.
Hecht, Reinickendorf-Ost, Residenzstr.
Hackbarth, Michaelkirchplatz 2
Krüger, Neukölln, Emser Str. 32
Lohmann, Hussitenstr. 43
Zacher, An der Fischerbrücke 2
Schindler, Neukölln, Neckarstraße
Senne, Stralau, Laskerstraße 2
Schaefer, Gneisenaustraße 70,
Lode, Markusstraße 23.
Sinner, Skalitzer Str. 101.
Wendt, Schöneberg, Gotenstraße
Emil Krüger, Wasserturmstr.
Röhle, Wildau, Schwartzkopffstraße
Kaul, Oberschöneweide, Bismarckstr.
Sternkiker, Chlbg., Königin-Elisabeth-Str.
Neßler, Wilmersdorf, Hindenburgstr.

Tüchtige Asphaltisolierer und Kleber
für Untergrundbahn- und Brückenbauten in Neukölln
sofort gesucht.
Meldungen im Rathaus, Zimmer 337.
Magistrat Neukölln,
Verkehrsamt.

Räder Weidlich. Alle Sorten Räder, Leiterwagen, Kastenwagen, Rungewagen.
Brunnenstr. 96 (Humboldt 6748).

Quecksilber
Messing . . .
Kupfer . . .
Blei . . .
Zink . . .
Metallankauf
Tempelhofer Ufer
zwischen Halleschem Tor und Möckern-Brücke
Telephon:

Süddeutsche Rätekonferenz.

Zusammenstoß mit den Kommunisten.

Am 28. und 29. Februar tagte in Stuttgart eine Konferenz revolutionärer Betriebsräte. Die Zentrale der Betriebsräte hatte die Einberufung der Konferenz veranlaßt, um den in der Rätebewegung Süddeutschlands zusammengefaßten Arbeiterräten Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Betriebsrätewahlen zu geben. Genosse Curt Geyer behandelte in zwei ausführlichen Referaten die wirtschaftliche Lage in Deutschland und das Betriebsrätegesetz. Eine eingehende Diskussion schloß sich besonders dem zweiten Vortrage an. Ferner sprach Genosse Richard Müller über den Aufbau und die Organisation der Betriebsräte. Auch diesem Referat folgte eine größere Aussprache.

Auf der Konferenz kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Mehrheit der anwesenden Betriebsräte und den erschienenen Vertretern der K. P. D. Bei der Einberufung zu der Konferenz waren keine Unterschiede nach der parteipolitischen Stellung der Geladenen gemacht worden, so daß auf der Konferenz neben unseren Genossen und den Vertretern der K. P. D. auch Mitglieder der S. P. D. anwesend waren. Genosse Remmele, der die Konferenz vorbereitet hatte, erklärte dazu, daß die Tagung keine Parteigegensätze austragen, sondern eine gemeinsame Front für den Rätewahlkampf schaffen sollte. Klara Zetkin habe diesen Absichten zugestimmt. Die auf der Konferenz anwesenden Kommunisten verfolgten jedoch eine andere Taktik und ihr Auftreten endete schließlich mit der Entfernung von der Konferenz. Ihr Wortführer Heckert, der regelmäßig als erster Diskussionsredner sprach, benutzte diese Gelegenheit ausschließlich zu Angriffen gegen unsere Partei. Vor allem machte er der Berliner Bezirksorganisation unserer Partei den Vorwurf, daß sie in ihrer Taktik bei den Betriebsrätewahlen auf dem Boden der Grundsätze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stände.

Daß das eine Verleumdung ist, weiß jeder, der die Auseinandersetzung über die Wahltaktik, die in Berlin immer noch nicht abgeschlossen hat, verfolgt hat. Aber selbst die von Geyer vorgelegten Richtlinien für die Wahlen fanden keine Gnade vor den Augen des gestrengen Kritikers. Alles das sei „konterrevolutionär“. Konterrevolutionär sei auch der Metallarbeiterverband, von dem Heckert ebenfalls behauptete, daß er auf dem Boden der Richtlinien des Gewerkschaftsbundes stehe. Richard Müller hat ihm sofort erwidert, daß das gar nicht möglich sei, weil der Metallarbeiterverband durch die Beschlüsse seines letzten Verbandstages gebunden sei, die sich von den Richtlinien des Gewerkschaftsbundes grundsätzlich im revolutionären Sinne unterscheiden. In dieser Erwiderung Müllers liegt auch schon die Abwehr gegen den Angriff Heckerts, soweit er sich gegen unsere Berliner Gewerkschaftsgenossen richtet. Während im Metallarbeiterverband der Zentralvorstand von Gegnern der offiziellen Instanzentaktik beherrscht wird, so daß sich der Verband seine Gesetze in jedem Falle selber schreiben kann, sind die Berliner Ortsverwaltungen aller anderen Gewerkschaften noch mehr oder minder abhängig von einem Zentralvorstand mit rechtssozialistischer Tendenz, der nur auf die Gelegenheit wartet, um mit Maßregelungen gegen aufsässige Ortsvereine vorgehen zu können. Daß sich unsere Berliner Gewerkschaftsgenossen nur in dieser Zwangslage, die auch unsere Parteiorganisation anerkennen mußte, veranlaßt gesehen haben, in die Aufstellung freigewerkschaftlicher Listen zu willigen, haben wir oft genug dargelegt. Pflicht der Genossen in den Betrieben wird es sein, trotzdem dafür zu sorgen, daß die Wahlen ein Resultat ergeben, daß unserer revolutionären sozialistischen Parole entspricht.

Heckert, der, wie wir schon schrieben, auch die Richtlinien und Auffassungen Geyers scharf bekämpfte, hat es verschmäht, dem Kongreß zu sagen, nach welchen Richtlinien und für welche Parole er seine Truppen in den Kampf schicken will. Statt einer positiven Forderung haben die Vertreter der K. P. D. lediglich die Parole in die Konferenz geworfen: die U. S. P. muß zerschlagen werden, die vorgelegten Richtlinien sind genau so schlecht und gegenrevolutionär wie die des A. D. G. B. Ihr offenes Ziel war die Sprengung der Konferenz. Ueber das Interesse der allgemeinen revolutionären Bewegung der Arbeiterschaft stellten sie das Interesse der K. P. D. Unter diesen Umständen zwangen sie die Leitung der Konferenz, Klarheit zu schaffen. Die Vertreter der K. P. D. wurden vor die Frage gestellt, ob sie bereit wären, eine Einheitsfront der revolutionären Arbeiterschaft bei den Betriebswahlen zu bilden. Darauf zogen die Vertreter der K. P. D. es vor, die Konferenz zu verlassen. Das Ausscheiden der 46 Kommunisten ließ keine erkennbare Lücke. Sie haben kundgegeben, daß ihnen an einer Einigung der revolutionären Arbeiter nichts gelegen ist. Nach ihrem Vorgehen in Stuttgart können sie nicht mehr verlangen, daß die U. S. P. D., die 25mal stärker ist als sie, jenes Maß von Langmut weiter gegen sie übt, das sie bisher aufgebracht hat.

Die Nachrichten der Zentrale der Betriebsräte fügen dieser Darstellung noch folgenden Satz hinzu: „Sie dürfen nicht mehr auf die Langmut, die außerordentliche Langmut des linken Flügels der U. S. P. rechnen.“

Wir müssen schon gestehen, daß es uns eigenartig anmutet, daß auch unsere Genossen zwischen einem rechten und linken Flügel unserer Partei unterscheiden, und noch dazu bei dieser Gelegenheit, die von den Kommunisten wieder einmal benutzt worden ist, um diese Konstruktion zu einem Versuch zur Spaltung unserer Partei zu benutzen.

Der ausgebrochene Streit findet seine Fortsetzung in der Presse. Die „Rote Fahne“ versucht den Spieß umzudrehen und behauptet, die Konferenz sei durch die Unabhängigen gesprengt worden. Sie führt einen heftigen Angriff gegen Geyer, dem sie vorwirft, seine Ausführungen gingen an den Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens vorüber und seine wirtschaftspolitische Auffassung unterscheide sich in gar nichts von der angeblich opportunistischen Auffassung des rechten Flügels. „Hier wie dort,“ fährt die „Rote Fahne“ fort, „nimmt man den Schein für Wahrheit: Profitsteigerung für volkswirtschaftliche Bereicherung, und glaubt mit Hilfe des Steuererhebers sozialisieren zu können.“ Es macht der „Roten Fahne“ nichts, daß Geyer ausführlich gerade über diese Punkte gesprochen und die Stellung unserer Partei zu ihnen dargelegt sowie in diesen Darlegungen die obigen Unterstellungen der „Roten Fahne“ zurückgewiesen hat, noch ehe sie gedruckt waren.

Es half dem Genossen Geyer auch nichts, daß er in seinem Schlußwort erklärte, seine wirtschaftspolitische Auffassung unterscheide sich nicht wesentlich von der des Kommunisten Heckert. Diese Bemerkung wird von der „Roten Fahne“ abgetan mit der spitzfindigen Wendung, das sei „ein Beweis, daß Geyer weder die Ausführungen Heckerts noch die Konsequenzen seiner eigenen Ausführung begriffen hat“. Herr Heckert aber fühlte Veranlassung zu der Mahnung an unsere Genossen, sie müßten sich von der opportunistischen Führung des „rechten Flügels“ unserer Partei lossagen, um politisch zuverlässig, d. h. um reif zu werden für die Konfusion, die die Kommunistische Partei ruiniert hat.

Aus dem Bericht der „Roten Fahne“ geht ferner hervor, daß sich die Kommunisten nach ihrer Entfernung aus der allgemeinen Konferenz zu einer besonderen Beratung zusammengefunden haben, um einige Entschließungen zu fassen, die sich auch in haltlosen Angriffen gegen unsere Parteigenossen ergehen und im übrigen wiederum nichts anders sind, als der Ausdruck jener Konfusion.

Wir geben in dem folgenden Bericht die Referate unserer Genossen Geyer und Müller und die angenommenen Richtlinien und Entschließung wieder.

Die Verhandlungen.

Genosse Kurt Geyer-Berlin referiert über

die wirtschaftliche Lage in Deutschland

und führt aus: Nie hat sich mit so großer Deutlichkeit gezeigt, daß Politik und Wirtschaft miteinander verknüpft sind, wie gerade jetzt. Leider müssen wir feststellen, daß die Einsicht in diese Tatsache unter der Arbeiterschaft noch nicht so Platz gegriffen hat, wie man das erwarten sollte. Wenn die Arbeiterschaft nicht durch Stockschläge auf den Magen auf die wirtschaftlichen Kämpfe hingewiesen wurde, hat sie mehr als gut war, an den politischen Kämpfen gehangen. Es ist notwendig, daß wir uns in dem Augenblick, in dem wir wichtige politische Entschlüsse fassen wollen, mit wirtschaftlichen Dingen beschäftigen. Wichtiger als das diplomatische Spiel und Gegenspiel sind die wirtschaftlichen Möglichkeiten der nächsten Zukunft. Von ihnen hängt es ab, unter welchen Gesichtspunkten der Wahlkampf um die Betriebsräte geführt wird.

Genosse Geyer geht nun auf die wirtschaftlichen Folgen, die der Krieg für Deutschland gebracht hat, ein, schildert, wie die Vernichtung von Rohstoffen und Arbeitskraft einen

Rückgang der Produktion

mit sich brachte und wie demgegenüber die Umlaufsmittel vermehrt und dadurch die Entwertung des Geldes und die beispiellose Teuerung eintreten mußte. Die Preissteigerung traf aber nicht alle gleichmäßig. Die große Masse der Bevölkerung leidet schwer, während ein kleiner Teil sich ungeheure Reichtümer angesammelt hat.

Die Klassengegensätze haben sich verschärft.

Während des Krieges ist von der deutschen Regierung eine Schuldenwirtschaft getrieben worden, und hat die Ausgaben nicht durch Steuern gedeckt, weil man sich mit dem Gedanken trug, die Lasten des Krieges dem besiegten Gegner aufzuladen. Es ist anders gekommen. Nach Abschluß des Waffenstillstandes hat die Regierung nicht die Kraft aufgebracht, mit dieser Finanzpolitik zu brechen und hat die

Schuldenwirtschaft

fortgesetzt; so daß das Reichsgesetz 213 Milliarden, mit Einzelstaaten und Gemeinden etwa 300 Milliarden Schulden hat, während das gesamte deutsche Volksvermögen vor dem Kriege auf 330 Milliarden geschätzt wurde. Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß der Wert der Mark sich gewaltig verändert hat, aber jede Besserung des Kurses verschlechtert die Lage der Reichsfinanzen. Dazu kommt, daß der Bedarf durch die Kriegsrenten, die höheren Sachausgaben und Gehälter gestiegen ist. Insgesamt betragen die Ausgaben 25 Milliarden im Jahr. Dieser Betrag mußte durch Steuern gedeckt werden, wenn mit der Schuldenwirtschaft gebrochen werden soll.

Wir werden zu prüfen haben, wie diese Verhältnisse auf die Arbeiter wirken und welcher Ausweg aus dieser Situation gefunden erden kann. Die Regierung hat eine Politik der Uebergangswirtschaft ganz im kapitalistischen Sinne getrieben, nicht nach der Richtung der Bedarfsdeckung, sondern zur

Erhaltung der kapitalistischen Profitmöglichkeit.

Unter diesem Gesichtspunkt spielten sich die Kämpfe der letzten Jahre ab. Weil nach der Novemberrevolution nicht energisch in der Richtung zum Sozialismus fortgeschritten wurde, hat der Kapitalismus eine Atempause erhalten, um sich wieder zu kräftigen. Jetzt fühlen sich seine Vertreter wieder so stark, daß sie die Herrschaft des Kapitals wieder unbeschränkt aufrichten.

Wenn wir die wirtschaftlichen Vorgänge betrachten, sehen wir, wie trotz der Schierigkeiten die Industrie wieder in Gang kommt und scheinbar eine Prosperitätsperiode beginnt. Der Warenhunger, an dem die Weltwirtschaft leidet, hat dazu geführt, daß die Fabriken mit Aufträgen überhäuft sind, und wenn auch direkt der Mangel an Rohstoffen und Kohlen die Produktion beschränkt ist, so bietet sich doch die Möglichkeit, steigende Preise zu erzielen. Die Belebung der Industrie zeigt sich, neben den höheren Dividenden in dem Steigen der Industriepapiere. Das Kapital fließt der Industrie zu und die Aktiengesellschaften ver-

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Anzengruber.

Nicht lang', so hatte man es auch in der Umgegend Rede, was für ein Geschickter da drüben in Zwischenbühel sitze, und wenn einer ein' Herrgott, eine Gnadenmutter oder ein' Heiligen brauche, so dürfe er nur zu dem gehen. Aber nur wenige kamen, und die feilschten rechtschaffen. Am meisten ängstigten den Muckerl die sogenannten Herrgottlkramer, die mit solcher frommen Ware das Land abliefen; sie dachten ihn als billige Bezugsquelle auszunützen und verhielten sich ihm gegenüber wie Kunsthändler in einer Großstadt gegen einen talentierten Anfänger in der Malerei.

Schwere Sorge beschlich oft den Muckerl. Selten, gar selten war es, daß ein Bäuerlein, ein altes Mütterchen, eine junge Dirne Nachfrage hielt, noch seltener, daß er nach stundenlangem Feilschen einen Herrgott, der nicht genug blutig sein konnte, einen Namenspatron, der erst „andächtig“ genug schien, verkaufte; die Herrgottlkrämer bekam er öfter zu Gesichte, die aber machten ihn mit ihren Ausstellungen schwitzen, mit ihren Angeboten ganz verzagt, und oft rief er sie unter Tränen in den Augen zurück, wenn sie an der Türe in wegwerfendster Weise fragten: „Na, gibst mir's diesmal mit oder nit? Noch ein Gang her, is mir der ganze“ — folgte ein sehr derber Ausdruck — „nit wert!“

Aber da fand sich mit einmal ein Absatz. Eines Abends trat ein Mann in Muckerls Hütte, nannte sich einen Handelsagenten für religiösen Hausrat, hätte das Beste sagen hören über den Heiligenschnitzer zu Zwischenbühel und wäre gekommen, dessen Ware zu sehen. Er äußerte sich über die vorgelegten Proben sehr freundlich, lächelte mitleidig, als er den Preis erfuhr, um den bisher diese Arbeiten abgegeben wurden, bot sofort das Fünffache, gab Vorschuß und bestellte nach Dutzenden. In der Stadt, beteuerte der Herr Agent, hätte man derlei nötiger als am Lande, dort wäre mehr Geld, aber auch mehr Gottlosigkeit, darum gehe man jetzt daran, den religiösen Sinn zu heben, was am besten durch massenhaften Umsatz von billigem und gefälligem religiösen Hausrat zu bewerkstelligen sein dürfte, wofür denn eine Handelsgesellschaft aufkommen wolle. Der Herr Kleebinder möge nur darauf achten, immer gleich gute Ware zu liefern, so würde ein lohnender Absatz für längere Zeit gewiß sein.

Muckerl schwamm in Seligkeit, fast hätte er sich vergessen und wäre dem kleinen, säbelbeinigen Männlein um den Hals gefallen, aber ein leider in den unteren Volkskreisen eingewurzeltes Vorurteil ließ ihn davon abstehen, denn der Mann, der sich mit der Hebung des christlich-religiösen Sinnes befaßte, war, beschämenderweise, ein Jude.

Nun rückte gute Zeit ins Haus, mit ihr aber auch manches, das die alte Kleebinderin derselben nicht recht froh werden ließ und sie ihr endlich gar verleidete.

Es war an einem Samstagabende, als Muckerl den Hügel hinter den Hütten herabkam. Er trug seine kurze Jacke mit blanken Knöpfen, seinen saubern Brustfleck, seine guten Schuhe, kurz, sein Feiertagsgewand, seine bestaubten Füße, sein erhitztes Gesicht ließen schließen, daß er nicht von nah, wohl gar von der Kreisstadt, heimkehrte.

Er trug ein kleines Päckchen, es war in sein rotes, geblümtes Taschentuch eingeschlagen, und kam in keiner seiner Hände, noch sonst zur Ruhe; er faßte es bald in die Rechte, bald in die Linke, drückte es gegen seine Brust, barg es im Rücken, schob es unter die eine oder die andere Achsel und holte es sofort wieder hervor.

Vorsichtig lugte er durch die Zweige des lebenden Zaunes in seinen Garten, und als er seine Mutter nicht um die Wege sah, war er mit einem Sprunge auf Nachbarboden und trat durch die rückwärtige Tür in die Zinshoferische Hütte.

Er fand Helene mit der Alten zusammensitzen, Rüben schälen und in einen Topf schneiden.

„Guten Abend, miteinander,“ sagte er.

„Guten Abend,“ sagten die beiden.

„Wie geht's?“ fragte er. „Wie geht's? Soweit ich's euch abzusehen vermag, nit übel, denk' ich. In der Stadt bin ich g'wesen. Halt ja. Müd' bin ich, erlaubt's schon, daß ich mich setz'.“

Das Mädchen wies mit der Hand, in der es das Messer hielt, nach der Gewandtruhe, die in der nahen Ecke stand.

Muckerl setzte sich. Er hielt das Paket an beiden Enden angefaßt und drehte es zwischen den zehn Fingern fortwährend herum.

Nach einer Weile sah die Alte auf, wobei ein finsterer Blick die Tochter streifte, und sagte: „Na, wie schaut's denn aus in der Stadt?“

„Ich dank' der Nachfrag',“ entgegnete Muckerl, „es ist völlig schön dort, und so gangbare Wege haben's, ganz Steinplatten. Ja, Helen', wie ich da drauf gleichen Schritt's getrabt bin, hab' ich an dich gedacht.“

„An mich? Ich wüßt' nit, was ich mit'm Stadtleuten ihren Pflaster zu schaffen hätt'.“

„Dort tritt sich nit leicht ein's ein' Scherbe, ein' Nagel oder solch's Teufelszeug ein, wie da bei uns schnell g'schehen is und erst neulich dir.“

„Ah, ja so. Das ist längst wieder heil. Schau mal.“ Die Dirne streckte vom niedern Schemel, auf dem sie saß, den rechten Fuß dem Burschen hin.

„Mein Seel',“ sagte der, „ganz sauber verheilt. Wär auch schad' um die fein' Füß', wann's ein' Narbe verschandeln möcht'.“

„Is dir leid drum, so breit' mir halt, wo ich geh' und steh', eine Strohdecken drunter.“

„Da weiß ich mir eine bessere Abhilf'. Ich gib ein Futteral drüber.“ Der Bursche sagte das mit kurzem, wie Husten klingendem Lachen und ward danach rot bis unter die Haare. „Das heißt,“ fuhr er stotternd fort, „das heißt, wenn halt d' Zinshofer Mutter damit einverstanden wär', so wären da ein Paar Schuh'.“

Die Dirne blickte ihn von der Seite an. „Nur der Mutter Einverständnis braucht's, meinst du? Ich denk', es ist die Frag', ob ich's tragen will?“

„Du wollt'st sie nit?“ stammelte Muckerl.

„Dir, seh' ich, muß mer schon z'Hilf kommen,“ sagte die Alte. „Du mußt auch erst bei jungen Weibsleuten aufhorchen lernen, die verreden oft, wonach ihnen Herz und Hand giert.“

„Was du alles weißt,“ höhnte die Dirne, dann wandte sie sich an Muckerl. „Wirst wohl auch was Recht's eingekauft haben? Laß' mal schau'n, daß ich ein' Ung'schickten auslach'. Werd' dir wohl für'n guten Willen danken müssen, passen werden's mer eh' nit.“

(Fortsetzung folgt.)

mehren für Kapital, um ihre durch den Raubkrieg während des Kriegs heruntergewirtschafteten Betriebe wieder instand zu setzen. Das Bürgertum will die Wiedererstarkung der Industrie erreichen durch

Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, Wiedereinführung der Akkordarbeit.

In dem verstärkten Druck, der auf der Arbeiterklasse lastet, liegt eine große Gefahr. Die Betriebsräte werden diesem Druck entgegentreten müssen. Der wunde Punkt dieser scheinbaren Prosperität ist, daß sie ihre Grenzen findet an dem Zustande der Staatswirtschaft, in der Verschuldung Deutschlands. Damit das Kapital in die Industrie fließen kann, ist es notwendig, daß die Schuldenlasten amortisiert werden.

Es ist nicht möglich, den gewaltig gesteigerten Staatsbedarf und die Mittel zur Amortisation durch Steuern aufzubringen, ohne der Industrie die notwendigen Kapitalien zu entziehen. Es bleibt daher keine andere Möglichkeit, die Schuldenwirtschaft fortzusetzen bis zum Zusammenbruch.

Die Wirkungen des Staatsbankerotts

lassen sich nicht im einzelnen voraussagen, aber sicher ist, daß er die unteren Schichten in erster Linie treffen und gewaltige soziale Kämpfe auslösen wird.

Es gibt aus dieser Situation keinen anderen Ausweg, als die Schranken der kapitalistischen Produktion zu durchbrechen und zur sozialistischen überzugehen. Ob die Arbeiterschaft diese Aufgabe erfüllt, wird davon abhängen, welches Maß von Einsicht und welche politische Kraft sie aufbringen wird gegen das jetzt herrschende System. Weil die Arbeiterklasse ihre ganze Kraft aufwenden muß, ist es notwendig, in den Betriebsräten Organe zu schaffen, die den Kapitalismus zu Fall bringen und den Weg zum Sozialismus ebnen.

Am zweiten Tage sprach Genosse **Geyer** über

das Betriebsrätegesetz.

Er ging zunächst auf die Kämpfe ein, die um die Betriebsräte geführt wurden, und legte dar, wie die Regierung Konzessionen an die Arbeiterschaft machte. Als die Macht der Gegenrevolution wuchs hat die Regierung die wenigen Zugeständnisse wieder zurückgezogen, so daß nur Scheinrechte übrig blieben. Das Bürgertum hat eine elastische Taktik verfolgt und ist scheinbar zurückgewichen, um wieder zum Angriffe vorgehen zu können. Die deutsche Regierung betreibt die Sozialpolitik nicht als eine Vorarbeit für die sozialistische Gesellschaft, sondern um die Arbeiterschaft von ihren revolutionären Zielen abzuhalten.

Das Betriebsrätegesetz darf nicht für sich allein betrachtet werden, es steht in enger Verbindung mit dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung und dem Gesetz über die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte. Als es sich seinerzeit um den Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung handelte, wurde ein Kompromiß abgeschlossen. Die Demokraten waren bereit, für das verschlechterte Betriebsrätegesetz zu stimmen, wenn die Sozialdemokraten sich für die obligatorischen Schiedsgerichte und den Abbau der Erwerbslosenfürsorge verpflichteten.

Die Scheinrechte, die das Betriebsrätegesetz gibt, bleiben weit hinter dem zurück, was sich die Arbeiterschaft in zahlreichen Großbetrieben schon erkämpft hat. Diese erkämpften Rechte will man den Arbeitern rauben. Der Gedanke, der das Gesetz beherrscht, ist der der Parität, der auch die Politik der rechtsstehenden Gewerkschaftsführer leitet. Es ist folgendes: Wenn es dem Unternehmer gut geht, dann kann die Arbeiterschaft leichter ihre Forderungen durchsetzen. Wenn es den Unternehmern schlecht geht, muß die Arbeiterschaft erst dafür sorgen, daß das Unternehmen prosperiert. Dieser Gedankengang ist durchaus antisozialistisch. In Zeiten der Prosperität richtet der größte Teil der Arbeiter sein Bestreben darauf, höhere Löhne zu erreichen, in Zeiten der Krise dagegen wird der Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung geführt. In der Zeit des Niedergangs zunächst dafür zu sorgen, daß die Produktion wieder in Gang kommt, bedeutet Verzicht auf die Verwirklichung der revolutionären Ziele des Proletariats.

Wir fordern die Betriebsräte, die die

Ueberführung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische

vorzubereiten haben. Dazu brauchen sie uneingeschränktes Kontroll- und Bestimmungsrecht. Wir müssen eine eingehende Produktions- und Bedarfsstatistik schaffen, deshalb müssen die Betriebsräte nicht durch das Geschäftsgeheimnis gehindert werden. Es darf nicht mehr sein, daß eine Erfindung der Allgemeinheit entzogen wird zugunsten einiger Kapitalisten. Nach dem Gesetz haben die Betriebsräte das Recht der Kontrolle über alles was mit Lohn- und Arbeitsverhältnis zusammenhängt. Der Unternehmer aber kann die Auskunft verweigern unter Berufung auf das Geschäftsgeheimnis. Das Betriebsrätegesetz macht die Betriebsräte zum Büttel für die Unternehmer gegen die Arbeiter. Ueberall sehen wir eine schreiende Differenz zwischen der revolutionären Forderung und den Bestimmungen des Gesetzes. Dabei sind der Tätigkeit der Betriebsräte enge Grenzen durch strenge Strafbestimmungen gezogen. Wenn die Arbeiter diese Grenzen respektieren ist eine fruchtbare Ausnützung unmöglich. Aber wir müssen den Kampf aufnehmen und diese Grenzen sprengen.

Die Wahlen zu den Betriebsräten dürfen nicht behandelt werden wie eine Krankenkassenwahl. So wollen sie die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer behandeln. Die Richtlinien, die der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes herausgegeben hat, können wir nicht annehmen. Genosse Geyer empfiehlt die gedruckt vorliegenden Richtlinien, deren einzelne Punkte er bespricht und die nach den Diskussionen angenommen wurden.

Die vorgesehenen beiden Referate des Genossen **Richard Müller** über den

Aufbau und die Organisation der Betriebsräte

werden in eins zusammengezogen. Genosse Rich. Müller wendet sich gegen den Vorwurf der bayerischen Genossen, daß er nicht bestrebt sei, den Zusammenschluß herbeizuführen. Dem Wunsche, praktische Winke für die Wahlen und die Tätigkeit der Betriebsräte zu geben, kommt er in eingehender Weise nach, wodurch er allerdings vom Thema etwas abschweifen muß.

Die Betriebsräte müssen einen ständigen Kampf gegen die Unternehmer führen, dabei müssen die Arbeiter hinter ihren Vertretern stehen.

Die wirtschaftlichen Kämpfe wachsen sich zu politischen Kämpfen aus und können dann nicht mehr von den Gewerkschaften geführt werden. Der kleinste Streik hat heute eine revolutionäre Tendenz, weil er die Wiederaufrichtung der kapitalistischen Wirtschaft erschwert. Wir müssen deshalb eine Organisation schaffen, die diese Kämpfe führt. Das wird die Aufgabe der revolutionären Betriebsräte sein.

Wenn der Kampf von Erfolg gekrönt ist, wenn die kapitalistische Wirtschaft zusammenbricht, dann ist es Pflicht der Arbeiter, die Produktion in die Hand zu nehmen. Zu dieser Aufgabe müssen wir die Arbeiter schulen. Es kann sich nicht darum handeln, Schulen zu errichten, um die kapitalistische Produktion wieder aufzurichten. Zur Schulung der Betriebsräte müssen wir diese zusammenschließen nach Industrie-, Handels- und Verkehrsgruppen. Genosse Müller erläutert dann die Gliederung der Räteorganisation und ihre Einteilung in Wirtschaftsgebiete.

Wenn die Wahlen der Räte erfolgt sind, wird eine neue Konferenz für Süddeutschland einberufen werden müssen. Dort wird auch die Frage der Beitragsleistung zu regeln sein. Das Gesetz kann das keineswegs unterbinden. Es besteht nach wie vor volles Koalitionsrecht. Nur im Kampf können wir den Sozialismus erringen.

Folgende von Richard Müller eingebrachte Entschließung, die sich auf den Organisationsplan der Zentrale der Betriebsräte bezieht, wurde einstimmig angenommen:

„Die anwesenden Vertreter der revolutionären Arbeiter und Angestellten verpflichten sich, sofort in ihrer Tätigkeit den Zusammenschluß aller revolutionärer Betriebsräte vorzubereiten und durchzuführen, nach den vorliegenden Richtlinien, die den örtlichen Verhältnissen und der Entwicklung innerhalb der Arbeiterschaft am Orte anzupassen sind.

Zunächst sind die Betriebsräte, die die Parole der Konferenz anerkennen, nach Industriegruppen am Orte zusammenzuberufen, damit aus ihrer Mitte ein Aktionsausschuß gewählt werden kann.

Der Aktionsausschuß hat sofort mit den Aktionsausschüssen der im Bezirk liegenden Orte Fühlung zu nehmen. Aus den Aktionsausschüssen aller Orte des Bezirks ist ein Zentralaktionsausschuß für den Bezirk zu wählen.

Nach Abschluß der Wahlen zu den Betriebsräten hat die Zentrale sofort eine Verständigung mit den Zentralen der andern zu suchen und eine neue Konferenz für Süddeutschland einzuberufen, die weitere Richtlinien zu beschließen hat."

Ebenfalls einstimmig angenommen wurde ein Antrag von Baden, einen provisorischen Zentralausschuß für Süddeutschland mit dem Sitz in Stuttgart zu schaffen. Die Wahl wird Stuttgart überlassen.

Ferner wurde folgender Antrag über die Finanzierung einstimmig angenommen:

„Die Erhebung von Beiträgen zur Schaffung und Förderung der revolutionären Rätebewegung ist sofort einzuleiten. Dabei handelt es sich um freiwillige Beiträge, die sich nach den örtlichen Verhältnissen richten müssen. Ein Teil der Beiträge ist der Zentrale zu überweisen."

Habermeyer-Nürnberg überbringt Grüße von den in den Festungen und Gefängnissen Schmachtenden und legt folgende Entschließung vor, die einstimmig angenommen wird:

„Die heute versammelten Betriebsräte von Süddeutschland sehen in der gegenwärtigen Handhabung der Festungshaft gegen die wegen ihres politischen Wirkens von Klassengerichten verurteilten Genossen eine Rechtsbeugung und verlangen von den Abgeordneten und sozialistischen Parteien, daß sie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen diesen Ausnahmezustand vorgehen.

Außerdem müssen die Parteien verlangen, daß weitestgehende Amnestie für alle wegen politischer Betätigung Verurteilten unverzüglich erfolgt."

Ferner wurden folgende von Geyer vorgebrachten

Richtlinien für die Wahl der Betriebsräte

einstimmig angenommen:

Das Betriebsrätegesetz soll nach den Absichten der Gesetzgeber den Klassenkampf der Arbeiter hemmen. Die Betriebsvertretungen der Arbeiter sollen auf eine rein praktisch-wirtschaftliche Wirksamkeit innerhalb der Grenzen des kapitalistischen Systems beschränkt bleiben. Sie sollen dem Wirtschaftsfrieden innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft dienen als Organe der Arbeitsgemeinschaften.

Die revolutionäre Arbeiterschaft will die Betriebsräte als Organe des Klassenkampfes, zur Ueberführung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische. Sie müssen Kampforgane sein, die sich nicht auf eine praktisch-wirtschaftliche Wirksamkeit im Dienste des Wirtschaftsfriedens beschränken, sondern gegen die Arbeitsgemeinschaften wie gegen die Schranken des Kapitalismus überhaupt ankämpfen.

Deshalb darf es sich für die revolutionäre Arbeiterschaft nicht darum handeln, möglichst viele Gewerkschaftsvertreter ohne Ansehen ihres revolutionären Bekenntnisses in die Betriebsräte zu wählen, sondern möglichst viele revolutionär organisierte Arbeiter.

Die Konferenz verwirft deshalb die Richtlinien des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes und stellt folgende Richtlinien für die Betriebsratswahlen auf:

1. Die auf der Liste der revolutionären sozialistischen Betriebsräte stehenden Kandidaten verpflichten sich einzutreten:
   für das uneingeschränkte Kontrollrecht der Betriebsräte,
   für die Ueberführung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische, für den revolutionären Klassenkampf,
   für das revolutionäre Rätesystem,
   für die Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Industrieverbänden,
   gegen die Arbeitsgemeinschaften.

   Die Kandidaten verpflichten sich schriftlich zu Anerkennung des Rückberufungsrechts durch die Wähler auf Grund eines Mißtrauensvotums mit einfacher Mehrheit.

2. Die versammelten Vertreter von Betrieben, Gewerkschaftsorganisationen, Gewerkschaftskartellen, Parteiorganisationen verpflichten sich, in ihren Betrieben und Orten für die Aufstellung von Kandidatenlisten auf dem Boden dieser Richtlinien zu wirken.

3. Die gewählten Betriebsräte und Betriebsrätemitglieder, die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, werden zunächst ortsweise, dann nach Wirtschaftsbezirken Industriegruppenweise zusammengeschlossen, um die Grundlage für das revolutionäre wirtschaftliche Rätesystem in Süddeutschland zu schaffen.

Preußische Landesversammlung.

Fahrpreisermäßigung für Jugendorganisationen

wurde durch einen Antrag Wichert gefordert. Alle Parteien waren damit einverstanden. Unsere Fraktion hatte jedoch im Hinblick auf die Erfahrungen früherer Jahre und der heutigen Ausnahmebehandlung unserer Partei beantragt, durch einen Zusatz ausdrücklich festzulegen, daß alle Richtungen der Jugendbewegung gleichmäßig behandelt werden sollen.

Genossin John begründete unseren Standpunkt näher, indem sie die Not der arbeitenden Jugend schilderte und die Sehnsucht nach Sonne, Licht und Luft Ausdruck verlieh.

Die Regierung sicherte Berücksichtigung zu, sobald die Betriebslage es gestatte.

Dann wurde über die **hohen Holzpreise** debattiert. Ausgerechnet die Verfechter der freien Wirtschaft, die Deutschnationalen, waren die Interpellanten.

Genosse Christanje führte dazu aus: Wir als Vertreter der hauptsächlich konsumierenden Schichten, denen jede Verteuerung sowohl des Nutz- als auch des Brennholzes schwer zur Last fällt, haben die Pflicht, mit allem Nachdruck Maßnahmen zu fordern, wodurch eine Verbilligung der Lebenshaltung herbeigeführt wird. Dazu wäre freilich ein energisches Zufassen notwendig. Unter allen Umständen müßten die Verschiebungen nach dem Auslande unterbunden werden.

Hierauf vertagte sich das Haus nach einem Scheinprotest der Deutschnationalen bis zum 16. März. Nach der Vertagung sollen wichtige Vorlagen erledigt werden. Die Verfassung, Ueberführung der Bahnen auf das Reich, Nachtragsetat und wahrscheinlich der Gesetzentwurf Groß-Berlin werden noch vor Ostern das Haus passieren.

Betriebsräte.

Faule Ausreden.

Zappelnd, wie die Fischlein an der Angel führen die Rechtssozialisten ihren Rätewahlkampf — gegen uns, gegen unsere Genossen in der Rätebewegung und gegen die freien Gewerkschaften. Täglich stürmen sie wild einher mit allerlei Kundgebungen, und wir müßten eine Erhöhung unseres Papierkontingents durchsetzen, wenn wir ihnen auf alle ihre Anrempelungen antworten wollten. Zwar würden wir uns auch dann mäßigen, denn es ist kein Vergnügen für unsere Leser, immer wieder den Abstrafungen beiwohnen zu müssen, die wir an diesen Leuten vollziehen. Wir bitten deshalb um Entschuldigung, wenn wir uns heute wieder einmal mit dem Wahlkampf der Noskesozialisten beschäftigen, denn ein neuer Aufruf des Bezirksvorstandes und des Vollzugsrats dieser Partei nötigt uns dazu.

Der Aufruf bringt eine ganze Sammlung von Zitaten und vielerlei Verdrehungen, auf die wir gar nicht eingehen wollen. Es lohnt nicht. Und alle Behauptungen und Wendungen des Aufrufes ziehen auch nicht, um die Disziplinlosigkeit der Rechtssozialisten, die nun unverblümt den Kampf gegen die freigewerkschaftlichen Listen predigen dürfen, ohne daß sich die strafende Hand des Gewerkschaftsbundes rührt, zu rechtfertigen. Sie bestreiten den Disziplinbruch allerdings durch folgende faule Ausrede:

„Es ist deshalb auch vollkommen unberechtigt, uns vorzuwerfen, wir wollten die gewerkschaftliche Disziplin nicht halten. Das haben wir stets getan, und wir haben auch in dieser Frage keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir vollkommen auf dem Boden der Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen. Wir sind aber nicht gewillt, uns den unabhängigen Drahtziehern in den Berliner Gewerkschaften zu unterwerfen, die die Richtlinien zum Schein anerkennen und in Wirklichkeit das Gegenteil davon tun wollen."

Das heißt, die Rechtssozialisten werden sich nicht dem Willen der Mehrheit der Berliner Gewerkschaftsmitglieder unterwerfen. Das ist — nach altem Sprachgebrauch — Disziplinbruch, und nichts anderes. Auch das Gebell über die Drahtzieher kann darüber nicht täuschen.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse.

Nach § 102 des Betriebsrätegesetzes muß die Wahl spätestens 6 Wochen nach Inkrafttreter dieses Gesetzes eingeleitet sein, d. h. der Wahlvorstand und der Aushang des Wahlausschreibens muß spätestens bis zum 22. März d. J. erfolgt sein.

Wir ersuchen unsere Funktionäre, soweit es noch nicht geschehen ist, unverzüglich mit diesen Arbeiten zu beginnen.

Die Auskunftserteilung über alle Fragen, die die Betriebsrätewahlen betreffen, Bestellung von Referenten, Ausgabe von Material für die Wahlvorbereitung, des weiteren die Ausgabe der Marken und Karten für den Wahl- und Propagandafonds erfolgt in unseren Bureauräumen von vorm. 9 Uhr bis abends 7 Uhr.

Weiter ersuchen wir unsere Funktionäre, nach erfolgter Wahl unverzüglich die gewählten Betriebsräte der Zentrale zu melden. Die Meldung muß durch einen Beauftragten des Betriebsrats, bzw. Betriebsobmanns erfolgen.

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins, Münzstraße 24, III.

Achtung! Bauarbeiter!

Montag, den 8. März 1920, abends 6½ Uhr,
Andreasfestsäle, Andreasstr. 21,
Allgemeine Versammlung
aller im Baugewerbe beschäftigten Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Glaser, Töpfer, Maler, Tischler, Rohrleger, Klempner usw.

Tagesordnung: 1. Betriebsrätewahlen oder tarifliche Vertretung.
2. Diskussion.
3. Neuwahl der Untergruppenleitung.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller genannten Gruppen unbedingte Pflicht.

Die Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlins.
Der Untergruppenausschuß für Hoch- und Tiefbau.

Gewerkschaftliches.

Zum Bäckerstreik.

Von dem Magistratsvorgehenden der Brotversorgung, Lehmann, wurde heute vormittag eine Sitzung einberufen, in der mit den Brotfabrikanten und dem Zentralverband der Bäcker folgende Einigung zustande kam:

Die Vereinigung der Brotfabrikanten Groß-Berlins und der Zentralverband der Bäcker und Konditoren und verwandten Berufsgenossen, Verwaltung Berlin, treffen folgende Vereinbarung und zwar die heute anwesenden Vertreter vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Auftraggeber:

1. Mit Wirkung vom 16. Februar 1920 ab beträgt der Mindestwochenlohn in den Groß-Berliner Großbetrieben für den Gesellen 195 M. Soweit jetzt bereits im Einzelfall der tatsächlich gezahlte Wochenlohn 195 M. oder mehr beträgt, tritt eine Erhöhung nicht ein.

2. Die Parteien treten unverzüglich in Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages ein.

3. Bis zum Abschluß des zu 2 erwähnten neuen Tarifvertrages gelten die bisherigen Bestimmungen des gegenwärtigen Tarifvertrages bis zum Abschluß des neuen Tarifvertrages fort.

4. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt.

5. Der Zentralverband übernimmt es, seinen Mitgliedern sofort Mitteilung von der Vereinbarung zu 1—4 zu machen und sie aufzufordern, für den Fall der Zustimmung sofort die Arbeit wieder aufzunehmen oder, soweit sie noch nicht niedergelegt ist, fortzusetzen, im Fall der Nichtzustimmung aber sofort dem Zentralverband Mitteilung zu machen.

Streik der Klavierarbeiter.

Eine sehr stark besuchte Versammlung der streikenden Klavierarbeiter befaßte sich gestern mit der Streiklage. Dorn gab den Bericht und teilte die Beschlüsse der Leipziger Musikarbeiter mit. Heute, Freitag, beginnen die Verhandlungen mit den Klavierfabrikanten auf Grund der von den Arbeitern aufgestellten Forderungen. Der Hauptvorstand habe mitgeteilt, daß am 11. d. M. die zentralen Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifes beginnen würden.

Im Streik der Mechanikarbeiter sei keine Aenderung eingetreten. Die Heizer und Maschinisten verhandeln ebenfalls am heutigen Freitag mit der Organisation der Mechanikfabrikanten. Sollten sie zu keinem Ergebnis führen, dann ist damit zu rechnen, daß die Heizer und Maschinisten aus dem einen noch in Betrieb befindlichen gemischten Betrieb herausgezogen werden.

In der Aussprache über den Bericht fanden die Redner, die darauf hinwiesen, daß die Forderungen durch die enormen Preissteigerungen auf allen Gebieten bereits überholt seien, lebhaften Beifall. Die Versammlung beschloß jedoch, auf Grund der eingereichten Forderungen zu verhandeln.

Nach der Aussprache referierte Julian Borchardt über die wirtschaftliche Lage.

Abstimmungsergebnis im Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verband.

Bei der am 29. Februar 1920 stattgefundenen Wahl des engeren Vorstandes der Zahlstelle Berlin wurden insgesamt abgegeben 2484 Stimmzettel. Davon wurden ungültig 19 Stimmzettel.

Somit bleiben gültige Stimmzettel 2465.

Es erhielten Stimmen: Hodapp 1204, Bocksch 1140, Schmitz 1223, Hainke 1181, Kastner 2420, Großfuß 1489, Neh 876, Rüster 1308, Seidel 1018, Schmelz 1224, Janke 1143.

Es sind somit gewählt: Hodapp, Schmitz, Kastner, Großfuß, Rüster und Schmelz. Zersplittert zwei Stimmen.

Für die Richtigkeit des Resultats:

Die Kommission zur Feststellung des Wahlresultats.
Wilhelm Fischer, Gustav Grützner, Otto Salomon,
Ludw. Graupner.

Gescheiterte Tarifbewegung in der Berliner Luxuspapier-Industrie.

Seit annähernd einem Jahr bemühen sich die Werkmeister und Direktricen der Berliner Luxuspapier-Industrie um einen Tarifabschluß. Mit allen Mitteln versuchten die Arbeitgeber einen solchen zu verhindern. Leider gelang es ihnen, einen Teil der Werkmeister durch persönliche Versprechungen und kleine Aufbesserungen zu bewegen, die Vollmacht für einen Tarifabschluß rückgängig zu machen. Auf eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses, welcher den Arbeitgebern aufgab, einen Tarifvertrag abzuschließen, erhoben die Arbeitgeber Einspruch. Nach langen Verhandlungen ist nunmehr dem Schiedsspruch seitens des Oberpräsidenten die Verbindlichkeit mit nachstehender Begründung versagt worden:

Es erscheint nicht angebracht, im Wege des behördlichen Zwanges eine tarifvertragliche Regelung für die Werkmeister und Direktricen bei den Antragsgegnern herbeizuführen. Der Schiedsspruch, der eine solche Regelung vorsieht, ist von den weitaus meisten der in Betracht kommenden Firmen abgelehnt. Bei der verhältnismäßig geringen Anzahl der Werkmeister und Direktricen, die durch einen solchen Tarifvertrag betroffen würden, erfordert das öffentliche Interesse nicht ein solches staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, wie es in der Auferlegung eines Tarifvertrages gegen den Willen der einen Partei liegt. Außerdem erscheint es auch für den einzelnen Betrieb nicht zweckmäßig, für seine Werkmeister und Direktricen einen besonderen Tarif zu schaffen und auf diese Weise die Werkmeister und Direktricen, die nur einen sehr geringen Teil der Angestellten und Arbeiter des einzelnen Betriebes bilden, aus der Zahl der anderen Angestellten herauszuheben. Dem Schiedsspruch muß daher die Verbindlichkeit versagt werden.

Hoffentlich lernen die Werkmeister aus diesem verfehlten Tarifkampf und werden in Zukunft die Einigkeit der Kollegenschaft nicht um einzelner persönlicher Vorteile willen zerstören. Wenn sich diese Erkenntnis allgemein durchgerungen haben wird, werden wir einen neuen Vorstoß wagen, der dann hoffentlich von Erfolg gekrönt sein wird.

Tarif für die Transportarbeiter in Reichsbetrieben.

Ueber den Tarif für Transportarbeiter und andere Lohnempfänger in Reichsbetrieben berichtete Werner in einer Versammlung dieser Arbeitnehmergruppe. Der Tarif gliedert sich in einen Manteltarif und Lohntarif, letzterer mit kürzerer Gültigkeitsdauer. Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden die Woche. Urlaub wird je nach Anstellungsdauer 6—21 Tage gewährt. Die Löhne für Angelernte betragen ab 24 Jahre 3,40, ab 21. Jahre 3,15, ab 18. Jahre 2,90 M., ab 16. Jahre 2,60, bis zum 16. Jahre 2,30 M.; für Ungelernte ab 24. Jahre 3,20, ab 21. Jahre 2,95, ab 18. Jahre 2,70, ab 16. Jahre 2,40, bis zum 16. Jahre 2,10 M. pro Stunde. Akkordarbeiter erhalten pro Stunde 10 Pf. mehr. Der Lohnsatz für Arbeiterinnen schwankt für angelernte zwischen 1,85—2,30, für ungelernte zwischen 1,75—2,20 M. pro Stunde. Der Lohntarif hat Wirkung ab 1. 1. 20 und läuft bis 30. April dieses Jahres. Die Kündigungsfrist des Tarifes beträgt vier Wochen.

Der Referent und sämtliche Diskussionsredner fanden die Lohnsätze in Anbetracht der Teuerung als entschieden zu niedrig.

Weiter wurde in der Versammlung die provisorische Branchenleitung bestätigt und die Schaffung eines Agitationsfonds beschlossen.

Lohnbewegung in der Lieferungsbranche.

In einer Versammlung der Lieferungsbranche am Montag befaßten sich die Arbeitnehmer mit der Tatsache, daß die Arbeitgeber die örtlichen Verhandlungen zum Scheitern gebracht haben. Die Versammlung lehnte nach eingehender Aussprache die Angebote der Unternehmer ab und faßte eine Resolution, in der sich die Arbeitnehmer verpflichten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln ihre Forderungen durchzusetzen.

Ein in den letzten Tagen gefällter Schiedsspruch bringt für die Akkordsätze 100 Prozent Zuschlag und erhöht die Zeitlöhnen in der 1. Klasse für Männer auf 4,50 M. und für Frauen auf 3,00 M. per Stunde. Der Wochenlohn für Zuschneider würde auf [illegible] M. festgesetzt.

Am Sonnabend werden sich die Vertrauensleute mit dem Schiedsspruch befassen.

Die Wicklerbranche des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nahm am Mittwoch im Swinemünder Gesellschaftshaus den Bericht des Branchenleiters Rooch über das Verhandlungsergebnis der paritätischen Sitzung über die Neuklassifizierung ihrer Berufsgruppe in das für die gesamte Metallindustrie geltende Lohnabkommen entgegen. Während die am 2. November 1919 durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses bestimmte Eingruppierung der Wicklerbranche in Klasse III und IV des Gesamtabkommens erfolgte, sind durch die am 25. Februar d. J. abgeschlossenen Verhandlungen die einzelnen Kategorien der Branche in Klasse II bis IV untergebracht worden. Rooch betonte, daß die Metallindustriellen sich nicht dazu bereit erklären wollten, die Präzisionswickler der Branche in die erste Lohnklasse einzureihen. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß das Verhandlungsergebnis nicht befriedigend sei. Unter dem Druck der Verhältnisse soll dem Abkommen zugestimmt werden, jedoch wird die Branchenkommission beauftragt, die nächste Gelegenheit zu neuen Verhandlungen zu benutzen.

Achtung Schuhmacher. Die Kollegen der Firma Gunderdau, [illegible] Straße 33a, befinden sich im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Zentralverband der Angestellten! Delegierte der [illegible] 7 Sonnabend 7 Uhr: Versammlung im Gewerkschaftshaus.

Berichtigung. In unserem Bericht über die Delegierten- und Vertrauensmännerversammlung der Zimmerleute war gesagt, daß von mehreren Bezirken Protest gegen die Wahl des Kassierers Wellsow erhoben worden sei. Tatsächlich ist nur von einem Bezirk, und zwar vom Bezirk IV, ein Antrag [illegible].

Elternbeiratswahlen.

Nadelstichpolitik.

Die Elternbeiräte bahnen freiheitlichere Formen in unserem Schulwesen an. Das ist Grund genug für die bureaukratische Reaktion, um mit allerhand Schikanen die Wirkung dieser neuen Einrichtung illusorisch zu machen. Seitdem von der Regierung diese Einrichtung nur als „Versuch“ charakterisiert wurde, wird die Reaktion sich alle Mühe geben, das Mißlingen des Versuches mit allen Kräften zu befördern. In Neu-Zittau ist solch ein reaktionärer „christlicher“ Elternbeirat Vorsitzender. Nicht genug damit, daß in den vorbereitenden Elternversammlungen der Schulleiter zu Unrecht unsere Genossen daran hinderte, das Wort zu ergreifen, jetzt schon sucht der Vorsitzende die Sitzungen hinauszuschieben mit der Begründung, daß erst eine Bestätigung der Gewählten durch die vorgesetzte Behörde erfolgen müßte. Im stillen hat man wahrscheinlich die Hoffnung, die Regierung werde unsere Genossen ebensowenig in den Elternbeiräten bestätigen, wie sie ihnen den Eintritt in die Landratsämter versagt. Dem Herrn Vorsitzenden scheint der Unterschied zwischen einer Schuldeputation und dem Elternbeirat noch nicht aufgegangen zu sein. Für die Schuldeputation besteht allerdings noch diese reaktionäre Bestimmung des Schulunterhaltungsgesetzes, doch aus den Satzungen für die Elternbeiratswahlen ist auch nicht ein Schein der Berechtigung, eine solche Bestätigung zu verlangen, zu entnehmen. Doch was schadet es, man verzögert den Einfluß des Proletariats und vielleicht bewähren sich die Elternbeiräte nicht.

An dem Widerstand der Reaktion können wir die Bedeutung der Elternbeiratswahlen erkennen. Am 7. März muß das Berliner Proletariat mit all diesen Machenschaften, die nicht nur in Neu-Zittau, sondern überall versucht werden, abrechnen. Erscheint daher vollzählig, Mütter und Väter des Proletariats und gebt euere Stimme nur der Liste der Kandidaten der U. S. P. Die Listen sind nicht durch die Partei gekennzeichnet, darum fragt euere Bezirksführer und sonstigen Vertrauensleute nach den Namen unserer Kandidaten. Wählt alle rechtzeitig und ein jeder in den Schulen, die seine Kinder besuchen.

Verschiebung der Charlottenburger Elternbeiratswahlen.

Die für Sonntag, den 7. März, anberaumten Wahlen der Elternbeiräte finden mit Zustimmung der Staatsaufsichtsbehörden an diesem Tage nicht statt, sondern werden auf einem später noch näher zu bestimmenden Termin in der zweiten Hälfte des Mai d. Js. verlegt.

Genossen Moabits!

Alle Genossen des 15. Distrikts werden ersucht, am Freitag abend 5½ Uhr in folgenden Lokalen zur Flugblattverbreitung sich einzufinden: Faber, Stephanstr. 11; Haffe, Bandelstr. 34; Krüger, Putlitzstr. 10; Schulz, Oldenburger Str. 19; Thürling, Emdener Str. 28; Thiedemann, Waldenserstr. 19; Weidemann, Emdener Str. 47; Pilz, Rostocker Str. 28.

Versammlungen.

4. Distrikt. Jedes Mitglied hat die Pflicht, sich zu den Arbeiten für die Elternbeiratswahlen einzufinden. Für diese findet am Sonnabend um 6 Uhr eine Flugblattverbreitung von folgenden Lokalen aus statt: Reichenberger Straße 86 und 143, Briher Straße 32, Forster Str. 19, Waldemarstr. 73, Zeughofstr. 21, Wrangelstraße 12, Mariannen-Ufer 4, Manteuffelstraße 8, Schlesische Straße 20, Görlitzer Straße 52 und Oppelner Straße 47. Dieselben Lokale dienen am Sonntag als Wahlbureaus. Zentrale beim Genossen Philipp, Wrangelstraße 12.

9. Distrikt. Freitag, den 5. März, abends 7 Uhr, Versammlung der 204. Knabenschule und 218. Mädchenschule Aula, Christburger Straße 14. Vortrag des Genossen Lehrer Gelsenberg über die Aufgaben der Elternbeiräte.

10. Distrikt 3. Abteilung. Die Genossen haben sich Sonntag, den 7. März, vorm. 8 Uhr, in ihren Zahlabendlokalen zwecks Wahlarbeit pünktlich einzufinden.

18. Distrikt, 4. Abteilung. Die Genossen müssen sich zur Wahlhilfe am Sonntag früh um 8 Uhr bei Voigt, Belforter Straße 21, und im Lokal Schönhauser Allee 159 zu den Wahlarbeiten unbedingt melden.

18. Distrikt. Freitag abend 7 Uhr drei große Elternbeiratsversammlungen in folgenden Schulaulen: Pankstraße, Ecke Böttcherstraße; Zechliner Straße; Prinzen-Allee 8.

Lichtenberg. Elternbeiratswahlen in den höheren Schulen. Freitag abend 7½ Uhr: Elternversammlung im Cäcilien-Lyzeum, Rathausstraße 7. Referentin: Fräulein Beck.

Groß-Berlin.

Aus dem Stadtparlament.

Um die Höhe des Steuerzuschlags

ging der Kampf in der gestrigen Sitzung. Die Magistratsvorlage bezeichnete eine Erhöhung des Zuschlags um 50 Prozent — also auf 350 Prozent — als erforderlich. Im Ausschuß war dieser Antrag mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden. Genosse Em. Wurm erklärte namens unserer Fraktion: Wir können es nicht verantworten, in gegenwärtiger Zeit eine neue Steuer zu bewilligen. Wir können uns nicht zu Vollstreckern einer ungerechten Steuerpolitik des Staates und Reiches machen. Gewiß, wir haben im Juli den 300 Prozent zugestimmt. Inzwischen hat sich aber die Lage der arbeitenden Schichten ungeheuer verschlechtert. Die Einkommen dieser Schichten sind auch nicht entfernt so gestiegen wie die Lebenshaltungskosten. Während im Juli die Kosten der Lebensmittel allein pro Kopf 28 M. pro Woche betrugen, sind sie im Januar bereits auf 68 M. gestiegen und dürften inzwischen noch erheblich höher sein. Wir gehen jedoch einer noch weit größeren Teuerung entgegen. Die Reichseinkommensteuer nimmt auf die Aermsten zu wenig Rücksicht. Unser Antrag, 6000 M. frei zu lassen, ist abgelehnt worden. Die Gemeindesteuerzuschläge sind zwar gestaffelt; die Belastung bleibt jedoch trotz der Staffelung noch viel zu groß. Wir könnten dem Magistratsantrag nur zustimmen, wenn nur die höheren Stufen, die tragfähiger sind, belastet würden.

Stadtkämmerer Böß: Wir stehen vor einer Ausgabe von 40 Millionen Mark, ohne Deckung zu haben, wenn die Vorlage abgelehnt wird. Andere Einnahmequellen stehen uns nicht offen. Wo Mehreinnahmen zu erwarten sind, hat sie der Magistrat schon eingerechnet. Die Straßenbahn dürfte etwa 2 Millionen Mark Defizit bringen. Wir sollten an das kommende Groß-Berlin denken und uns nicht sagen lassen, wir hätten nicht bis zum letzten Augenblick unsere Schuldigkeit getan.

Von den bürgerlichen Rednern Löse und Cassel wurde die Erhöhung mit der Motivierung abgelehnt, daß sie noch nicht notwendig sei. Pastor Koch (Deutschnat.) und Bruns (Rechtssoz.) sprachen sich dafür aus. Nachdem auch Oberbürgermeister Wermuth nochmals für die Magistratsvorlage eingetreten war, wurde diese mit 54 : 39 angenommen. Die Unabhängigen und Demokraten stimmten dagegen.

Es werden also 350 Prozent Steuerzuschlag für das laufende Etatsjahr erhoben.

Es folgte nunmehr die Beratung unseres Antrages auf

Schutz des reellen Straßenhandels.

Genosse Zimmermann legte dar, wie groß die Notlage derer ist, die gezwungen sind, durch Straßenhandel ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ganz besonders müsse dagegen protestiert werden, diese Leute mit den Schiebern und Hehlern auf die gleiche Stufe zu stellen. Es müsse der Straßenhandel ebenso behandelt werden, wie jedes ehrliche Gewerbe. Auswüchsen gegenüber mache auch der legitime Handel Front.

Der Magistratsvertreter sagte dem legitimen Straßenhandel Schutz zu, nur die wilden Händler und unlauteren Elemente würden scharf angefaßt. Denselben Standpunkt nahm der Rechtssozialist Franke ein. Er wandte sich auch gegen den Kokainhandel. Der Straßenhandel sei gewiß eine Notwendigkeit, man müsse jedoch auch bedenken, daß die steuerzahlenden Ladeninhaber in ihrer Existenz geschützt werden. Unsern Antrag lehne seine Fraktion jedoch ab, weil er nur einen Gegensatz zwischen Polizei und Händlern künstlich schaffe. Die Händler genössen alle wünschenswerten Freiheiten. Auch von den bürgerlichen Rednern wurde in allen Tonarten gegen die Händler gewettert, die sich ihr Brot sauer verdienen müssen. Genosse Zimmermann verteidigte ihnen gegenüber nochmals ganz entschieden den reellen Straßenhandel und bewies an zahlreichen Beispielen, wie sehr diese durchaus nicht auf Rosen gebetteten und kräftig zu den Steuern herangezogenen Proletarier durch Polizeistrafen für lächerlich geringfügige Dinge schikaniert. Unser Antrag wurde abgelehnt.

Die Uebernahme von drei Privatschulen auf die Stadt Berlin fand allgemeine Zustimmung. Genosse Weyl erörterte dabei unsere Stellung zum Ausbau des Schulwesens und erklärte schließlich auch unsere Zustimmung zu der Vorlage.

Unbestätigte Stadträte.

Nachdem die Wilmersdorfer Stadtratswahlen durch den Einspruch der Aufsichtsbehörden auf Grund des neuen Sperrgesetzes für Groß-Berlin unmöglich gemacht worden sind, hat jetzt die Aufsichtsbehörde auch den vor acht Tagen kurz vor Erlaß des Sperrgesetzes stattgefundenen Stadtratswahlen für Neukölln die Bestätigung versagt. Hier waren der Genosse Hermann Radke und der Rechtssozialist Dr. Silberstein zu besoldeten Stadträten gewählt worden.

Eine neue Zweigkohlenstelle. Die Kohlendeputation des Magistrats Berlin eröffnet am Sonnabend, den 6. d. M., eine Zweigstelle in Berlin C., An der Stechbahn 2 (gegenüber dem Schloß), deren Zuständigkeit sich auf das Gebiet des zukünftigen Verwaltungsbezirks Berlin-Mitte erstrecken wird. Die für die neue Filiale hiernach in Frage kommenden Brotkommissionen, zu denen auch einige bisher den Zweigstellen in der Stephanstraße 2 und Pasteurstraße 5 angeschlossenen gehören, werden an den Anschlagsäulen bekanntgegeben werden.

Das städtische Krankenhaus Hasenheide in Neukölln ist nach teilweiser Fertigstellung der Erneuerungsarbeiten jetzt durch die Stadtgemeinde in Betrieb genommen worden. Es haben dort zahlreiche Patienten, die ihrer Genesung entgegen gehen oder deren Krankheit sich längere Zeit hinzuziehen droht, ohne daß besondere ärztliche Eingriffe erforderlich sind, aus dem städtischen Krankenhause in Buckow Aufnahme gefunden. Die Verwaltung ist der des Buckower Krankenhauses angegliedert. Neuaufnahmen finden im Krankenhause Hasenheide grundsätzlich nicht statt, da bis auf weiteres nur eine Belegung durch Patienten, die bereits im Buckower Krankenhaus behandelt waren, in Aussicht genommen ist. Die Besuchsstunden sind wie in Buckow auf Mittwoch und Sonntag von 2½ bis 3½ Uhr festgesetzt.

Infolge Kohlenmangels mußte im November der Sonntagsfahrplan der Strecken Berlin, Stettiner Bahnhof—Velten, Berlin—Oranienburg und Berlin—Bernau erheblich eingeschränkt werden. Diese Einschränkungen sollen nunmehr zur besseren Bedienung des Ausflugverkehrs auf diesen Strecken mit Wirkung vom nächsten Sonntag, den 7. März, ab zum größten Teil wieder aufgehoben werden, es tritt also der ursprünglich vorgesehene Fahrplan, gültig ab 1. Oktober, wieder an den Sonntagen in Kraft. Nur folgende Züge werden noch nicht wieder gefahren: der Zug ab Stettiner Bahnhof 12.10 nachts nach Bernau, in der Gegenrichtung der Zug ab Bernau 6.01 früh, an Stettiner Bahnhof 6.48 früh. Ferner sollen die Züge ab Stettiner Bahnhof 5.00 früh nach Tegel und an Stettiner Bahnhof 6.23 früh von Tegel aus. Hierfür verkehren zwei neue Züge, ab Stettiner Bahnhof 7.30 abends und an Stettiner Bahnhof 10.28 abends nach und von Velten (Mark). Auf der Strecke Berlin—Oranienburg verkehren außer den im Fahrplan aufgeführten Zügen auch die Züge ab Gesundbrunnen 8.41 vormittags und ab Stettiner Bahnhof 4.20 nachmittags nach Birkenwerder, während in der Gegenrichtung die Züge an Stettiner Bahnhof 1.01 nachmittags und 7.08 abends verkehren.

Ein neuer Frauenmord. In der Chausseestraße 42 wurde gestern mittag ein neuer Frauenmord entdeckt. Dort ist die am 24. April 1899 zu Grünberg geborene Arbeiterin Frida Helwig aus der Drontheimer Straße 13 ebenfalls erwürgt aufgefunden worden. Als mutmaßlicher Täter wird der Fahrstuhlführer Franz Lietz aus der Schwartzkopffstraße 9 gesucht, der auf dem Grundstück als Fahrstuhlführer beschäftigt war und flüchtig ist.

Lebensmittelkalender.

Milchversorgung. Die Vollmilchkarten für April 1920 werden in den zur Fettstelle Groß-Berlin gehörenden Gemeinden ausgegeben, und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 8., und Dienstag, den 9. März, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Mittwoch, den 10. und Donnerstag, den 11. März, für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Freitag, den 12. und Sonnabend, den 13. März 1920. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sämtliche Milchkarten an einem Tage auszuhändigen. Die Inhaber der Vollmilchkarten haben die April-Karten bis zum 23. März 1920 einschließlich den Kleinhändlern vorzulegen. Es dürfen sich Inhaber von A- und B-Kinderkarten und von Karten über ¾ Liter, welche mit X gekennzeichnet sind, nur in den durch ein Plakat gekennzeichneten A- und B-Milchgeschäften, Inhaber der übrigen Vollmilchkarten nur in den durch Aushang kenntlich gemachten C-Milchgeschäften zum Bezuge von Vollmilch anmelden. Nährmittelbezugsscheine über je 1½ Pfund werden an die am 1. April 1919 und später geborenen Kinder, Nährmittelbezugsscheine über je 1 Pfund an die in der Zeit vom 1. April 1918 bis 31. März 1919 geborenen Kinder zusammen mit den April-Milchkarten verausgabt.

Britz. In den hiesigen öffentlichen Aushängekästen wird eine Liste derjenigen Kleinhändler bekanntgegeben, deren Kundenliste bei der Ummeldung die erforderliche Zahl von 200 nicht ergeben hat. Die bei diesen Händlern eingetragenen Kunden werden aufgefordert, sich in der Zeit vom 6. bis 11. März einschließlich bei einem in der Bekanntmachung ebenfalls genannten Kleinhändler eintragen zu lassen. Dasselbe gilt auch für die Personen, die sich beim Händler Schöpe, Germania-Promenade 12, eintragen ließen, da er nicht berechtigt war, eine Kundenliste für Nährmittel und Brotaufstrich auszulegen.

Pankow. In der Woche vom 1. bis 7. März an Stelle von inländischem Frischfleisch als Wochenmenge 250 Gr. ausländisches Rindergefrierfleisch. Ferner in Anrechnung auf die Wochenfleischmenge Wurst aus Auslandsbeständen. Auf Abschnitt 7 der allgemeinen Lebensmittelkarte 125 Gr. Graupen oder Grütze. In allen Geschäften, die die Firma Spekowsky mit Milch beliefert, werden auf A-Karten ¾ Liter, auf B-Karten ½ Liter und auf C-Karten ¼ Liter Vollmilch verausgabt. Die ¼-Liter-Krankenkarten werden voraussichtlich voll beliefert werden können.

Friedrichsfelde. In der Woche vom 1. bis 7. März gelangen auf die Reichsfleischkarte an Stelle von inländischem Frischfleisch als Wochenmenge 250 Gr. ausländisches Rindergefrierfleisch zum Preise von 6,20 M. für 1 Pfund zur Ausgabe.

Aus den Organisationen.

3. Distrikt, 4. Abteilung. Heute, Freitag, abend 7 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Genossen bei Müller, Schönleinstr. 6.

4. Distrikt. Montag, 8. März, abends 7 Uhr, öffentliche Frauenversammlung in der Schulaula Manteuffelstr. 7. Tagesordnung: 1. Lebensmittelnot und Steuerfragen. Referent: Herr Friedr. Wulff. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Dienstag, 9. März, pünktl. 6 Uhr, Distriktskonferenz bei Graumann, Naunynstr. 27; um 7 Uhr in demselben Lokal Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Das Betriebsrätegesetz. Ref.: Genosse Gehner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Funktionär- und Mitgliedskarten legitimieren.

16. Distrikt, 2. Abteilung. Freitag abend 8 Uhr Sitzung der Vertrauensleute der Schulen bei Witt, Pasewalker Straße 1.

Teltow-Beeskow, 2. Distrikt. Sitzung der Räte- und Gewerkschaftskommission am Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr, in Wildau, Restaurant Loberg, Blankstraße.

Teltow-Beeskow. Bildungskommission (1. Distrikt). Wichtige Sitzung am Sonntag, 7. März, vormittags 10 Uhr. — Bezirkskommission. Sitzung am Sonntag, 7. März, 12 Uhr. Beide Sitzungen bei Klabe, Friedenau, Handjerystr. 61.

Tempelhof. Heute, Freitag, abend 7½ Uhr Aktionsratssitzung bei Becher, Ringbahnstr. 6.

Bildungsgemeinschaft Lichtenberg. Sonntag, 7. März, nachmittags 5 Uhr in der Aula des Cecilien-Lyzeums, Rathausstr. 8, Lichtbildervortrag: „Die Arbeiterbewegung in England." Vortrag des Genossen Dr. Rosenberg. Einlaßkarten à 1 M. sind am Eingang zu haben.

Vereinskalender.

Verband sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs, Ortsgruppe Groß-Berlin. Sonnabend, 6. März, Mitgliederversammlung im Berliner Rathaus, Zimmer 63. Tagesordnung: Die Münchener Tagung. — Um 5 Uhr wichtige Sitzung der U. S. P.-Fraktion im Zimmer 53.

Bund der unteren Verwaltungsbeamten des Deutschen Reiches. Sonntag vormittag 10 Uhr im Krieger-Vereinshaus, Chausseestr. 94, öffentliche Versammlung. „Die neue Besoldungsreform und die unteren Beamten."

Achtung! Vertrauensleute der Buchbinder in den Buchdruckereien! Achtet auf das heutige Inserat in der „Freiheit"! Die Branchenleitung.

Internationaler Bund, Sektion Kriegsgefangene. Nächste Mitgliederversammlung Montag, 8. März, abends 7 Uhr, bei Schmidt, Michaelkirchstr. 28.

Freie sozialistische Jugend Groß-Berlin. Sonntag, 7. März, vorm. 9 Uhr, Generalversammlung in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15. Ohne Delegiertenkarte kein Zutritt.

Berliner Arbeiter-Schachklub, Abteilung Süden. Am Sonntag, dem 7. März, vorm. ½10 Uhr, findet im Lokal Preßer, Michaelkirchstraße 29a, eine Massenveranstaltung statt. Vortrag, Massenwettkämpfe, Simultan- und Blindlingsspiel von Meisterspielern. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, 7. März, Havelwanderung. Treffpunkt bis 8½ Uhr Bhf. Eichkamp. Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Ein Griff, und er sitzt,

der Ruhnke-Fingerkneifer „Semperfix", fest und richtig, ohne zu drücken oder zu rutschen. Ehe Sie ihren alten Kneifer umständlich mit beiden Händen zum einigermaßen festen Sitz gebracht haben, können Sie bei Benutzung des Ruhnke-Fingerkneifers schon längst das Neueste gelesen haben. Ist es oft nicht zum Verzweifeln, wenn Ihr Kneifer trotz aller Mühe dennoch immer wieder zu rutschen beginnt oder bei der geringsten Bewegung abfällt, mindestens aber hin und her wackelt. Selten nur wird solch alte Form genau vor der Augenmitte sitzen, dadurch aber wirkt sie störend und beeinträchtigt Ihr Sehen, so daß selbst die besten und passendsten Gläser wie schlechte und unrichtige wirken. Wie angenehm ist es für Sie, wenn Sie den modernen randlosen Ruhnke-Fingerkneifer „Semperfix" bequem mit einer Hand richtig aufsetzen, wie kleidsam, wie unauffällig und dabei wie wohltuend für Ihre Augen ist das. Semperfix ist ein guter Diener Ihrer Augen, und wir garantieren Ihnen Zufriedenheit mit ihm.

Altes Gold wird zum Tagespreise angekauft und in Zahlung genommen

Optiker Ruhnke

Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer zum Selbstbestimmen passender Gläser nebst Versandliste.

Schöneberg: Hauptstr. 21, Ecke Akazienstr.
Friedenau: Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr.
Neukölln: Bergstr. 4, Ecke Ziethenstr.
Spandau: Breite Str. 18, nahe Markt

SO Oranien-Str. 44 zwischen Moritz- und Oranienplatz
S Kottbuser Damm 10 nahe Jandorf
O Frankfurter Allee 14 nahe Tietz

C Spittelmarkt Ecke Wallstr.
Alexander-Platz nahe Aschinger
SW Belle Alliancestr. 4 nahe Jandorf

W Friedrich-Str. 193a Ecke Leipziger Str.
Leipziger Str. 113 Ecke Mauer-Str.
Link-Str. 1 Ecke Potsdamer Str.

NW Friedrich-Str. 150 Ecke Dorotheenstr.
N Chaussee-Str. 72 nahe Müllerstr.
Schönhauser Allee 81 am Bhf. Nordring

N Friedrich-Str. 106 Ecke Ziegelstr.
Invaliden-Str. 164 Ecke Brunnenstr.
Invaliden-Str. 117 am Stettiner Bhf.

Charlottenburg: Tauentzien-Straße 15 Ecke Marburger Str. Joachimsthaler Straße 2 nahe Bhf. Zoo
Wilmersdorf: Berliner Straße 132-33 nahe Uhlandstr.

Kupfer 26.–, Messing 15.25,
Blei 10.– bis 11.–, Zink bis 8.50
bei größeren Posten mehr, zahlt
Metall-Einkaufs-Zentrale,
Moritzpl. 135 80. **Kottbuser Damm 66.** Moritzpl. 135 80.
(Hermannplatz.)

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands
Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.

Versammlung
aller in der Lieferungs-Branche

für Post, Eisenbahn, Straßenbahn, Polizei, Feuerwehr, Bergleute u. sonstigen kommunalen Behörden Beschäftigte, auch Zuschneider
am Sonnabend, den 6. März, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 14/15.

Tagesordnung: Beschlußfassung über den Schiedsspruch.

Es ist unbedingte Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert; ohne diese oder mit mehr als acht restierenden Beiträgen kein Zutritt.

Aufnahmen finden im Vorraum vor der Versammlung statt.

Die Branchenleitung.

Kupfer 25.–
Messing . . 15.–
Blei 10.–
Zink 7.–
Quecksilber . 150.–
Metalleinkauf
Schulzendorfer Str. 2
Mitgl. d. Ver. d. Altmetall-Händler Groß-Berlin.

Kupfer 22,–
Messing 12,–
Blei 8,–
Zink 7,–
Zinn bis 70,–
Lagermetall bis 30,–
per kg
Driesener Str. 24
Ecke Schivelbeiner Str. Laden
Mitglied des Vereins der Alt-Metall-Händler Groß-Berlins.

Altes Eisen
100 kg bis 120,— M.
und sämtliche Metalle zu höchstem Tagespreis.
J. Aehs, Alte Jakobstr. 84

Achtung! Achtung!
Vertrauensleute der Buchbinder in den Buchdruckereien!
Heute, Freitag, den 5. März, nachm. 4 Uhr, im „Alexandriner", Alexandrinenstraße 37a,
Vertrauensmännersitzung.
Tagesordnung:
Wie stellen wir uns zu der bis jetzt noch nicht geleisteten Anerkennung des Reichstarifes von den Buchdruckereibesitzern?
In dieser äußerst wichtigen Sitzung müssen alle Vertrauensleute anwesend sein.
Die Branchenleitung.
J. A.: Czerny.

Interessengemeinschaft der Auswanderer nach Sowjet-Rußland.
Freitag, den 5. März 1920, 7 Uhr abends:
Oeffentliche Versammlung
für Adlershof und Umgegend
in Wöllsteins Luftgarten, Bismarckstraße.
Referent: Genosse Wagner.

Kupfer
Rotguß
Messing
Blei
Zinn
kauft Eichler
Malmöer Straße 26
(Eingang Privatstraße),
an der Schivelbeiner Straße.

Maschinen-Gußbruch
bis 130.— M.
Alt-Eisen
und alle anderen Metalle entsprechende Preise.
Kupfer 24.50
kauft ständig
Kamrath, O. 112
Crossener Straße 30-31.
Fernruf Königst. 2166.

Deutscher Metallarbeit.-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit v. vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 7. März 1920, vormittags 10 Uhr
Branchen-Versammlung
der Former und Berufsgenossen
in den Pharus-Sälen, Müllerstraße 142.
Tagesordnung: 1. Bericht von der letzten Verhandlung. — 2. Branchenangelegenheiten. — 3. Verschiedenes.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Verein Berlin.
Bureau: Engelufer 15 III, Zimmer 53. Geöffnet von 9–1 Uhr vorm. und von 4–6 Uhr nachm. Sonnabends nachmittags geschlossen.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 4098 und 8792.

Am Sonnabend, den 6. März, abends 6 Uhr findet im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15 eine
Versammlung
aller in der Chemischen Industrie beschäftigten Maurer und Bauhilfsarbeiter
statt.
Tages-Ordnung: 1. Bericht über unsere Lohnbewegung. 2. Diskussion.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.
Der Vorstand.

Quecksilber 145.– bis 150.– M. p. Kilo
Kupfer 26.–
Messing 14.–
Blei 10.–
Zink 8.–
Metallankauf
Neue Königstr 59, Hof r.
Am Alexanderplatz
Größ. Posten werden abgeholt

Mitglied des Vereins der Altmetall-Händler Groß-Berlins.
Altmetalle
Lumpen, Papier u. Eisen kauft ständig zu den höchsten Tagespreisen
H. Samuelsohn
BERLIN SO 26
Naunynstraße 38
an der Oranienbrücke.
Amt Moritzplatz 4800.

Quecksilber 145.– b. 150.– M. p. Kilo
Kupfer 26.–
Messing 14.–
Blei 10.–
Zink 8.–
Metallankauf
Neue Jakobstrasse 20
Kommandantenstr. 77-78
Fernruf: Zentrum 5706
Größ. Posten werden abgeholt.

Achtung!
Kupfer M. 24.–
Messing „ 14.–
Blei . . . . „ 9.–
Zink . . . . „ 7.50
usw. kauft
Einkaufsbureau
O 34, Gubener Str. 23,
Alex. 1940.
Metalleinkauf
O 112, Pettenkoferstr. 29. Königstdt. 8103

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel.: Lützow 3703 und 8818.

Metallhandlung
Wallnertheaterstr. 5.
Zahlt f. Kupfer 25,—
Messing 15,—
Blei, Zink wie sämtliche Metalle zu Tagespreisen

Kupfer kg bis 25.00
Messing kg bis 14.50
Zink . . . . kg bis 8.00
Blei . . . . kg bis 9.50
Rotguß kg bis 23.00
Stolpische Straße 39 Eck-Lokal.

Metalle.
Streng reelle Bedienung.
Kupfer . . 26.— Mk.
Messing . . 15.— „
Blei . . . 10.50 „
Zink . . . 8.— „
Größere Posten mehr.
Waßmannstr. 22.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn, Lagermetall usw. kauft zu unüberbietbaren Tagespreisen
Zuckermann,
Elsasser Straße 9, vorn II.
Norden 4661.

Elektrische Leitungsdrähte Kabel — Litzen
Dynamo- u. Klingeldrähte kauft höchstzahlend
Silbermann
Neue Königstrasse 32
Fernspr. Alex. 2115.

Schnellaufbohrer.
Schmirgelfeilen, sämtliche neue Werkzeuge, kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Str.

Altes Eisen
und sämtliche Metalle kauft über Tagespreis
J. Achs, Alte Jakobstraße 84.

Schnellaufbohrer, neue,
jeden Posten
bis 200 % Naturstahl.
Holzschrauben kauft
Friedrich Morgenstern
nur Lichtenberg,
Weichselstr. 18. Alex. 1260.

Möbel gegen Bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Größte Rücksicht. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Landwehr, Müllerstr. 7, 1 Treppe, direkt am Weddingplatz.

!!! Geld !!!
für jede Wertsache. Höchste Ankaufspreise f. Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrensausen, . . . über unsere tausendfach bewährten, patentamtlich gesch. **Hörtrommeln.** Bequem und unsichtb. zu tragen. . . .
Sanis-Versand, Kiel . . .

Metallbetten, Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Rohe Felle
jeder Art kaufe von Händler, Sammler und Private zu den höchsten Tagespreisen.
Thaler, Berlin,
Alte Schönhauser Straße 14/15.

Krätze
Tag und Nacht juckender, ansteckend wirkender Hautausschlag, wird selbst in hartnäckigen Fällen durch Krätzebalsam beseitigt. Flasche 7.50 M.
Otto Reichel, Berlin 46.
Eisenbahnstr. 4.

Bettnässen
Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst.
Sanis-Versand, Kiel . . .
Aelteste bestbew. Methode. Vor minderw. Anpreisungen gewarnt!

B. FEDER
Brunnenstraße 1
Frankfurt. Allee 350
Kottbuser Damm 103
Chlbg., Scharrenstr. 6
Elegante
Herren- und **Damen-Kleidung,**
Einsegn.-Anzüge, Einsegn.-Kleider
Billigste Preise

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Werkzeugmacher
Fritz Krüger,
Stolpische Straße 46, am 2. d. Mts. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in Buch aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen und Kolleginnen zur Nachricht, daß folgende Kollegen und Kollegin gestorben sind:
Der Arbeiter
Gustav Penn,
Malplaquetstraße 17, am 9. Februar.
Die Arbeiterin
Berta Schröder,
Stephanstraße 24, am 17. Februar.
Der Dreher
Ernst Pursche,
Köpenick, am 19. Februar.
Der Arbeiter
Franz Kaluba,
Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 8, am 26. Februar.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Stube u. Küche-
Einrichtung u. Kraftbeinfasshaus
Möbelhaus
A. Bese Nachf.,
Ebertystrasse 41.
(Gek. Möbel können kostenlos lagern.)

Nachruf.
U. S. P. D., 9. Distrikt, 5. Abteilung.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Ernst Kindermann
Danziger Straße . . . im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Distriktsleitung.

Kaufe jede Art
Altmetall
zu den höchsten Preisen
Kupfer . . 24.50
Messing . 14.50
Blei 8.50
Zink . . . . 10.—
usw.
Bei Anruf: Mitzpl. 4347, Abholung gratis.
Zimmermann,
Alte Jakobstraße 56.

Zahngebisse
pro Zahn 18.50 M. (Echtheit)
Gold- u. Silberbruch
Bestecke u. Platin
Zahle über Tagespreise
Feiwel, Neue Königstr. 38 v. III
Sonnabend geschlossen.

Zahngebisse!
Goldbruch, Silberbruch,
Platin
Salpetersaures Silber, Quecksilber, sämtliche Metalle kauft höchstzahlend
Silberschmelze Christionat,
Köpenicker Str. 20a
(gegüb. Manteuffelstr.)

Kupferleitungen, Motore, Dynamodraht
kauft zu Höchstpreisen
Elektrobureau, Lange Str. 27, 1 Treppe, nicht Keller.
Alexander 3939.

Alte Zahngebisse
Platin-Zahn . . .
Goldbruch, Silber . . . kauft zu höchsten Tagespreisen
Hausdorf, NO, . . .

Zahle für
Kupfer
Messing
Blei
Zinn
Zink
die höchsten Tagespreise
Metallschmelze
Admiralstrasse 3 . . .
am Kottbuser Tor
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins

Inserate
für den . . . Tages . . . 4 Uhr . . . Uhr nachm. . . . Expedition . . . damm 19